

„Beim Familienförderungsmodell von Bundesarbeitskammer und Industriellenvereinigung wären Alleinverdiener und Großfamilien die klaren Verlierer.“ (Seite 3)

AK-Präsident
Hubert
Hämmerle



Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

www.ak-vorarlberg.at

Wiedereinstieg: Es gilt, einige Hürden zu meistern

Seiten 6 und 7



Fröhliche Kinder beim Mittagstisch, entlastete Mütter: Mehr solcher Einrichtungen sind das A & O für den erfolgreichen Wiedereinstieg.

Aus dem Inhalt

Wertvolle Tipps für die Lehrstellensuche

Vom Bewerbungsschreiben bis zum Bewerbungsgespräch kann vieles falsch gemacht werden. AK-Referent Marcus Mayer gibt Tipps, wie die Suche nach einer Lehrstelle gelingt.

Seite 4

1018 Arbeitnehmer „Krisen-Spätopfer“

Wohl als Spätfolge der Wirtschaftskrise 2008/2009 waren im Vorjahr über 1000 Vorarlberger Dienstnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Die AK zieht Bilanz.

Seite 5

Neues Gesetz im Bereich Lebensmittel

Seit 1. Jänner 2012 darf die Verpackung beim Verkauf loser Produkte an der Theke – wie Wurst, Fleisch oder Käse – nicht mehr mitgewogen und somit verrechnet werden.

Seite 8

Entscheidung gegen Konsumenteninteresse

Der Oberste Gerichtshof hat zur Zukunftsvorsorge eine wichtige Grundsatzentscheidung getroffen: Sie kann nicht vorzeitig gekündigt werden!

Seite 9

AK-Bibliothek: Leser sind sehr zufrieden

Mehr Leser und mehr Kundenfrequenz. Die Zahlen der AK-Bibliothek entwickelten sich im ersten kompletten Jahr am neuen Standort sehr zufriedenstellend.

Seite 10

Gewinnen: Sony E-Book-Reader



Seite 12

Arbeitsrecht griffbereit

Ob Urlaubsrecht, geringfügige Beschäftigung oder Dienstzettel – das Arbeitsrecht ist nicht immer leicht zu verstehen. Mit der Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“ werden die Grundsätze dieser schwierigen Materie leicht verständlich näher gebracht. Wer über seine Pflichten informiert ist, kann auch richtig reagieren.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Arbeit unter guten Bedingungen leisten

Es klingt ganz einfach, wird aber häufig nicht in die Realität umgesetzt: Die Rede ist davon, kranke Mitarbeiter zu unterstützen, damit sie schnellstmöglich wieder ins Arbeitsleben integriert werden können.

Dr. Thomas Geisen ist Professor für Arbeitsintegration und Eingliederungsmanagement in Olten (CH) und überzeugt, dass am Betrieblichen

Eingliederungsmanagement (BEM) künftig kein Weg vorbeiführt. „In Österreich und der Schweiz muss man nicht darüber reden, dass der Fachkräftemangel in ein paar Jahren kommen wird, sondern er ist bereits da“, gibt Geisen zu bedenken. Deshalb ist es für die Unternehmen wichtig, dass das Arbeitspotenzial, das vorhanden ist, auch erhalten bleibt beziehungsweise die Beschäftigten nicht „verloren“ gehen.

Geisen plädiert für eine Altersdurchmischung in den Betrieben, die einen Wissenstransfer ermöglicht. „Unternehmen verschenken sich viel, wenn sie nur auf eine Generation setzen“, ist der Soziologe und Sozialarbeiter überzeugt.

Unternehmenskultur

Wertschätzung spielt für Geisen bei der Mitarbeiterführung ebenso eine wesentliche Rolle. „Beschäftigte, die Wertschätzung erfahren, geben diese auch direkt zurück. Dadurch verändert sich die Unternehmenskultur im Betrieb und die Identifikation mit dem Unternehmen verbessert sich“, erklärt Geisen.

Seite 3

AK-Kontakte

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Keine Sanierung ohne Wachstum“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

angesichts der griechischen Tragödie, die fast zum Scheitern des Euro geführt hätte, will die Politik nun einen strikten Sparkurs einschlagen, um das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. In dieser auf den ersten Blick löblichen Absicht steckt aber die große Gefahr, dass ein rigider Sparkurs die wirtschaftliche Entwicklung in Europa unsanft stoppen wird. Wenn die öffentliche Hand in ganz Europa spart, werden weniger Produkte nachgefragt, werden weniger Arbeitsplätze benötigt und schlussendlich die Sozialbudgets massiv belastet. Mit dieser Strategie landen wir in einer Sackgasse. Des-

halb gilt es, wie so oft, mit Augenmaß an die Aufgabe heranzugehen. Wir benötigen in Europa unbedingt starke Wachstumsimpulse. Wie sollen Griechenland, Spanien oder Portugal ihre Schulden abbauen, wenn die Wirtschaft stagniert und wenn sie von den reichen Ländern im selben Währungsraum wirtschaftlich an die Wand gedrückt werden?

Tatsächlich haben die schwachen Lohnabschlüsse des letzten Jahrzehnts dazu geführt, dass unsere

Wettbewerbsposition im europäischen Vergleich deutlich besser geworden ist. Das ist vorerst einmal schön und unser aller Verdienst, führt aber – so diese Entwicklung konsequent weitergeht – zum Zerfall ganzer Regionen

in Europa. Ob das dem europäischen Grundgedanken entspricht und zur Stabilität beiträgt, ist zu bezweifeln. Deshalb gibt es in Wirklichkeit nur die Option eines europäischen Finanzausgleiches. Wieso soll etwas, das innerhalb jedes Staates und innerhalb jedes Bundeslandes ganz selbstverständlich ist, nicht innerhalb Euro-

pas stattfinden?

Das Fehlen dieses Ausgleichs war einer der Konstruktionsfehler der Währungsunion.

Dafür war vor

allem Deutschland verantwortlich. Der damalige Kanzler Kohl und sein Finanzminister Waigel haben in ihrem Stabilitätseifer vergessen, dass nur eine partnerschaftliche Gestaltung der Wirtschafts- und Verteilungspolitik

die Zukunft eines einheitlichen Währungsraumes sichern kann. Anstatt diesen Anfangsfehler nun zu korrigieren, wird allein auf die Rückführung der Staatsverschuldung gesetzt. Dabei könnte ein Blick über die Grenzen nach Japan oder in die USA hilfreich sein. Die dortigen Staatsschulden liegen deutlich über jenen Europas und trotzdem wird dort nicht vergessen, dass allein eine wachstumsorientierte Politik in der Lage ist, die Situation zu meistern. Das ist kein Plädoyer für mehr Schulden, sondern ein Appell an die ökonomische Vernunft unserer Politiker in Europa.

AK-Direktor Rainer Keckeis

„Wir brauchen eine starke Politik und eine europäische Wachstumsstrategie statt eines rigiden Sparkurses“

Leserforum

Schulkonzept der Neuen Mittelschule

Ein großes Kompliment an die Direktor/innen und das Lehrpersonal der MMS Hohenems und Höchst. Sie haben meiner Meinung nach erkannt, dass der Schulunterricht in seiner jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß ist und sich auf Dauer gesellschaftsschädlich auswirken wird. Immer öfter zeigen sich die Folgen in Form von „Burn-out“ bei vielen gestressten berufstätigen Eltern sowie in Form von ebenfalls erschöpften, machtlosen Lehrern und immer mehr verzweifelten, haltlosen, aggressiven Schülern. Endlich wird jedem Kind, egal welcher Herkunft und sozialen Schicht, die Möglichkeit gegeben, seine Fähigkeiten, Begabungen und Ziele mit Hilfe kompetenter Pädagogen umzusetzen und zu verwirklichen. Für Eltern, denen es aus beruflichen oder sozialen Gründen nicht möglich ist, die Kinder zu fördern oder sich ausreichend um ihre Sprösslinge während des Tages zu kümmern, ist der „verschränkte Unterricht“ sicherlich eine große Hilfe und Entlastung. Dass sehr gute Schüler den schwächeren helfen können, finde ich für das spätere Leben auch sehr wichtig und lehrreich. Für die Zukunft glaube ich, ist diese Art des Unterrichts für die Bildung und das gesunde Heranwachsen unserer Kinder ein sehr wichtiger Baustein. Endlich nicht nur Worte, sondern Taten. Bravo!

Sabine Nägele, Fraxern

Es ist erfreulich, dass einige wichtige Forderungen der Bildungspolitik wenigstens an den neuen Mittelschulen umgesetzt werden. Hier wird gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung getragen, die besonders in Vorarlberg Realität sind, nämlich, dass viele Elternpaare oder auch Alleinerzieher ganztätig berufstätig sind und sich einfach nicht mehr um die schulischen

Belange wie Hausaufgaben oder Prüfungsvorbereitung kümmern können. Teamteaching, verschränkter Unterricht und Nachmittagsbetreuung erzielen nicht nur bessere Lernerfolge bei den meisten Schülern, sondern fördern auch, wie die Direktoren der beiden genannten Schulen hervorheben, die soziale Komponente des Lernens. Und wenn die Lehrer mehr gefordert werden als im Folienaufgunterricht (mit gleichen Arbeitsblättern für alle), wird dies langfristig ihr Image in der Bevölkerung deutlich anheben, zumal sie dann auch bis 16 Uhr am Arbeitsplatz gefordert sind. Man kann den Mittelschulen Höchst und Hohenems-Herrenried nur gratulieren!

Klaus Amann, Hörbranz

Schuldenbremse in Österreich

Österreichs Finanzen befinden sich in einem katastrophalen Zustand. 268 Milliarden Euro betragen unsere Staatsschulden inklusive der ausgelagerten Schulden der Gemeinden und Bundesländer, der ÖBB und Asfinag, für die wir im Jahr 10 Milliarden Euro Zinsen bezahlen. Das ist eine Schuldenquote von 89,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auf die Kosten der Allgemeinheit verspricht die österreichische Bundesregierung einen Strukturwandel, schon mehrere Jahre lang. Leider wurden die großen Brocken noch nicht angegangen. Da stellt sich die Frage, wie lange das Volk – der eigentliche Souverän – sich das noch gefallen lässt. Muss es erst so weit kommen wie in Italien, wo jetzt Wirtschaftsfachleute die Politik übernehmen?

Dietmar Assmann, Braz

Selbstverständlich wird die Schuldenbremse besonders den kleinen Mann betreffen. Ich glaube, wenn wir verantwortungsvolle Volksvertreter hätten,

wäre eine Schuldenbremse gar nicht notwendig. Vor allem wenn weiterhin so gewirtschaftet wird, ist diese Bremse nur ein Vorwand, um neue Geldquellen zu erschließen. Allein im kommenden Jahr werden die Staatsschulden um rund neun Milliarden Euro anwachsen. Und wenn wir erst in einigen Jahren zu sparen beginnen, bekommen wir ganz bestimmt auch griechische Verhältnisse. Unser Herr Bundeskanzler macht bis dahin mit unserem Geld teure Eigenwerbung (Facebook, Inserate usw.). Es ist allerhöchste Zeit, endlich Regierungsverantwortung zu übernehmen, klare Entscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen. Es gibt genügend Möglichkeiten, um Geld einzusparen. Die Bevölkerung sollte aber nicht weiter zur Kasse gebeten werden.

Thomas Koschat, E-Mail

Um Österreich weiterhin zu den Besten Europas zählen zu können, wird sehr schnell ein kluger Mix an nachhaltigen Veränderungen notwendig sein. Nur wenn ALLE einen Beitrag leisten, verteilt sich die Last der künftigen höheren Staatseinnahmen so moderat, dass kein Einbruch der Kaufkraft erfolgt; denn viele fehlende Euros in den Privatkassen der Bürger wirken de facto wie „Brandbeschleuniger“. Parlamente in Land und Bund sind gefordert, ihre Ausgabenseite kritisch zu durchforsten. Es ist hoch an der Zeit, dem lange gepredigten Wort „Verwaltungsreform“ Taten folgen zu lassen. Das fast freie Risikospiele an den Finanz-/Bankplätzen erfordert Regulative, welche dem Bundesbudget vermehrt Anteile an dessen Gewinnen sichern. Die Einseitigkeit des Rufes nach staatlicher Besicherung, wenn es schlecht läuft, und wenn der Rubel rollt, geht der Ertrag den Staat nichts an, kann nicht weiterhin Programm sein. Mit vereinten Kräften wird es ein wirtschaftlich gesundes und politisch selbstbewusstes

Europa sein, das im Konzert mit Asien und Amerika als mächtiges Instrument wirkt.

Rudolf Mündle, E-Mail

Vortragsreihe „Wissen fürs Leben“

Die Arbeiterkammer Vorarlberg hat mit der Vortragsreihe „Wissen fürs Leben“ eine Lücke entdeckt und mit lebensnahen Themen gefüllt. Themen, abseits von Gewinnmaximierung und Zeitoptimierung und mehr für das Leben. Vielleicht lassen sich diese Vorträge auch in anderen Gemeinden veranstalten. Ich denke, Zuhörer wären vorhanden.

Andreas Embacher, E-Mail

Vortrag: „Vertrauen in unser eigenes Leben gewinnen“. Egal wie oft wir von anderen Menschen enttäuscht wurden, wir versuchen immer wieder Vertrauen aufzubauen zu unseren Mitmenschen. Je älter man wird, desto mehr Erfahrungen im Negativen sowie im Positiven konnte man sammeln. Das was wir daraus machen, macht uns entweder zu optimistischen oder zu depressiven Menschen. Es liegt an uns, wie wir mit unserer Umwelt und unserem Innern umgehen. Jeden Tag treffen wir hunderte Entscheidungen. Zu diesem Zeitpunkt war die getroffene Entscheidung sicher richtig. Erst rückwirkend weiß man es besser. Viele hadern mit ihrem Leben und ihren falschen Entscheidungen. Bei manchen wird es so ausgeprägt, dass sie ganz das Vertrauen in die Mitmenschen und in das Leben verloren haben. Da erinnere ich mich gerne an die Worte von Max Frisch: „Warum leben wir nicht, wo wir doch wissen, dass wir nur ein einziges Mal da sind, nur ein einziges und unwiederholbares Mal, auf dieser unsagbar herrlichen Welt!“

Rosalinde Assmann, Braz

Große Mehrheit für Plastiktaschen-Verbot

77 Prozent der insgesamt 15.538 Teilnehmer an einer frei zugänglichen Online-Befragung der EU-Kommission haben sich für ein EU-weites Verbot von Plastiktaschen ausgesprochen. 77 Prozent sind demnach für ein verpflichtendes EU-Kennzeichen, das den Konsumenten Auskunft über die biologische Abbaubarkeit von Verpackungen gibt. Ein EU-Bürger verbraucht nach Angaben der Kommission pro Jahr im Schnitt 500 Plastik-Tragetaschen. Allein im Mittelmeer dürften derzeit 500 Tonnen Kunststoff treiben.

Rücknahmepflicht für Elektroaltgeräte

Das EU-Parlament in Brüssel hat die Rücknahmepflicht für Elektroaltgeräte erweitert: Demnach müssen Handelsunternehmen mit mehr als 400 Quadratmeter zukünftig Verkaufsfläche Elektrogeräte vom Konsumenten zurücknehmen, auch wenn sie dabei kein Neugerät verkaufen (0:1-Regelung). Diese Verpflichtung gilt nur dann, wenn die größte Kantlänge des Rücknahmegerätes weniger als 25 cm beträgt und der Händler Geräte wie das Rücknahmegerät verkauft (z. B. Handyrücknahme nur dann, wenn auch Handys verkauft werden).

Liebe Leserinnen und Leser

Wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Sony E-Book-Reader im Wert von rund 150 Euro aus der letzten AKtion hat Klaus Amann aus Hörbranz gewonnen.

Der Gewinn wird in den nächsten Tagen per Post zugesandt. Wir gratulieren!

Impressum

AKtion

Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion:
Arbeiterkammer Vorarlberg,
6800 Feldkirch, Widnau 2-4
presse@ak-vorarlberg.at

Redaktionsleitung:
Mag. Martina Podgornik

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, fotolia, Bilderbox, Jürgen Gorbach, Dietmar Brunner, Lisa Mathis

Druck: Vorarlberger Medienhaus, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Offenlegung gemäß Mediengesetz § 25 (2)

Arbeiterkammer Vorarlberg,
6800 Feldkirch, Widnau 2-4

Blattlinie gemäß § 25 (4)

Jene Grundsätze, die im Bundesgesetz über die Arbeiterkammer vom 13.11.1991 festgehalten sind.



© Baria 2012

Am Betrieblichen Eingliederungsmanagement führt laut Prof. Dr. Thomas Geisen mittelfristig kein Weg vorbei

„Wenn Beschäftigte krank sind, fühlen sie sich alleingelassen“

AK-Präsident Hubert Hämmerle plädiert vehement für die Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM). Auch Dr. Thomas Geisen, Professor für Arbeitsintegration und Eingliederungsmanagement an der Hochschule für Soziale Arbeit in Olten ist überzeugt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Im Rahmen des AK-Fachausschusses für Pflege- und Gesundheitsberufe referierte Prof. Dr. Thomas Geisen zum Thema „Eingliederungsmanagement“. Für ihn stellt BEM eine Win-win-Situation sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer dar. Die AKtion hat mit dem Soziologen und Sozialarbeiter gesprochen.

AKtion: Wie definieren Sie Betriebliches Eingliederungsmanagement?

Prof. Dr. Thomas Geisen: Unternehmen, die über ein Betriebliches Eingliederungsmanagement verfügen, haben eigene Strukturen aufgebaut, um ihre Beschäftigten, die erkrankt oder verunfallt sind, darin zu unterstützen, dass sie bestmöglich gesund und wieder in den Betrieb integriert werden. Diese Unterstützung ist wichtig, denn Beschäftigte fühlen sich in der Regel vom Unternehmen alleingelassen, wenn sie längere Zeit erkranken. Hier könnte man Wertschätzung vermitteln. Das hat sehr positive Effekte.

Welche Effekte meinen Sie konkret?

Die Beschäftigten erfahren Unterstützung in einer schwierigen Situation. Sie möchten arbeiten und ihre Leistung erbringen. Wertschätzung, die sie erfahren, geben sie zurück. Dadurch verändert sich die Unternehmenskultur, denn die Identifikation mit dem Unternehmen verbessert sich, je mehr Möglichkeiten für die Beschäftigten gegeben werden, auch in einer schwierigen Phase Kontakt zu halten und frühzeitig wieder in die Erwerbstätigkeit einzusteigen.

Welche Vorteile können sich Unternehmen davon versprechen?

Auf der Unternehmensebene sollte mittel- und langfristig darauf geachtet werden, dass das Arbeitspotenzial, das vorhanden ist, erhalten bleibt und wichtige Beschäftigte nicht verloren gehen. Auch der Übergang der Beschäftigten vom Erwerbsleben in die



Prof. Dr. Geisen: „Es liegt im ureigensten Interesse jedes Unternehmens, dass die Mitarbeiter gesund bleiben beziehungsweise bei einem Krankheitsfall schnellstmöglich wieder am Arbeitsleben teilnehmen können.“

Pension ist wesentlich. Diese Menschen sollten, falls sie es wünschen, in einem reduzierten Pensum weiterarbeiten. Das bietet den Nachfolgern die Möglichkeit, dass sie sukzessive in die Tätigkeit hineinwachsen. Hier findet auch ein Wissenstransfer zwischen den etablierten und den neu hinzukommenden Beschäftigten statt. Insgesamt ist eine Altersdurchmischung sehr produktiv. Unternehmen verschenken sich viel, wenn sie nur auf eine Generation setzen und werden künftig noch stärker gezwungen sein, ihre Beschäftigten zu halten, und stärker zu unterstützen.

Also bereits vor der Erkrankung.

Es stellt sich immer die Frage, wie Belastungen entstehen. Haben sie mit den Abläufen, mit dem Unternehmensprozess oder der Organisation selbst zu tun? Was muss sich ändern, damit bestimmte Abläufe optimiert werden? Hier beginnt die Präventionsarbeit. Das betrifft nicht nur die gegenseitige Wertschätzung, sondern auch, dass

Arbeit unter guten Bedingungen geleistet wird. Das dient sowohl den Beschäftigten, als auch den Arbeitgebern. Im Zuge des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels wird das immer wichtiger werden. In der Schweiz und in Österreich muss man nicht darüber reden, dass der Fachkräftemangel in ein paar Jahren kommen wird, sondern er ist bereits da.

BEM ist hierzulande kaum Thema.

Die Unternehmen können das eigenständig durchführen, was auch in ihrem Interesse ist. Vorausgesetzt, sie denken mittel- und langfristig und sind offen für neue Konzepte. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass in den Unternehmen noch sehr traditionell gedacht wird. Das wird beispielsweise deutlich, wenn man sich ansieht, wo die Personalabteilung angesiedelt ist. In der Regel ist sie eine Unterabteilung der Unternehmensführung. Sie wird nicht als ein produktiver Bereich gesehen. Solange das so ist, ist

es schwierig, solche Strukturen im Unternehmen zu verankern.

Ein Umdenken ist somit notwendig?

Unsere Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften. Wenn keine Erwerbsarbeit möglich ist, dann fehlt ein Stück Partizipationsmöglichkeit. Da helfen auch keine Beschäftigungsmöglichkeiten im zweiten Arbeitsmarkt. Diese Tätigkeit wird von den betroffenen Personen zwar als Beschäftigung angesehen, aber nicht als tatsächliche Arbeit. Aus diesem Grund gibt es ganz unbefriedigende Ergebnisse, was die Reintegration von Beschäftigten angeht, die aus der Erwerbstätigkeit rausfallen. Sozialversicherungstechnisch bedeutet das, je länger die Menschen aus der Erwerbsarbeit draußen sind, desto schwieriger – auch im Kostensinne – wird es für die Sozialversicherung, diese Menschen wieder zu reintegrieren und dafür zu sorgen, dass sie eigenständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Das heißt auch, dass

sie in der Lage sind, Sozialversicherungsbeiträge zu leisten.

Weshalb beschäftigen sich immer noch so wenig Betriebe mit diesem Thema?

Für Unternehmen gehören Themen wie Krankheit oder Leistungsminde- rung nicht zu ihren Kernthemen. Sie stellen jemanden ein und gehen davon aus, dass dieser Mensch die Arbeitsleistung erbringt, für die er beschäftigt wird. Solange diese Erwartungen erfüllt werden, ist alles unproblematisch. In den westeuropäischen Gesellschaften hatten die Unternehmen stets die Möglichkeit, sich – im Krankheitsfall oder bei Leistungsminde- rung – sehr einfach und sozial verträglich von Beschäftigten zu befreien, die ihnen auf Grund von krankheitsbedingten Leistungsveränderungen zur Last geworden sind. Heute sind die Qualifikationsprofile komplexer geworden – sowohl für die Niedrig- als auch für die Hochqualifizierten. Das heißt, es ist für Unternehmen schwieriger geworden, entsprechenden Ersatz zu finden.

Die Menschen sollten somit möglichst lange arbeiten.

Vor dieser Herausforderung stehen alle Gesellschaften der westlichen Welt. Sie sind gezwungen, die Menschen länger in der Arbeit zu halten. Wenn die Lebenserwartung steigt, die Menschen mobiler und fitter werden, dann muss auch die Dauer der Erwerbsarbeit angehoben werden. Denn die Frage lautet, wie die erwerbsbasierten Sicherungssysteme künftig finanziert werden können. Der Übergang vom Erwerbsleben in die Pension muss abgemildert und sozial verträglich gestaltet werden, was große Chancen in sich birgt. Das System muss flexibler und den Bedürfnissen der Menschen gerechter werden. Das ist eine sozialpolitische Herausforderung, für die es eine gute Lösung benötigt.

Sollten diese Themen auch in die Aus- und Weiterbildung miteinfließen?

Für erwerbsfähige Personen ist die Bedeutung der Teilhabe an Erwerbsarbeit zentral. Führungskräfte müssen sich dieser Tatsache bewusst sein. Hierfür bedarf es des erwerbspezifischen Wissens. Das bedeutet auch, dass Personalentwicklung als ein zentraler, produktiver Bereich im Unternehmen angesehen und dementsprechend im Unternehmen positioniert werden muss. Hier ist ein gutes Management wichtig, das effizient handelt. Es gilt darauf zu achten, dass die Menschen nicht krank werden, und wenn es doch so ist, dass sie bestmöglich unterstützt werden, damit sie möglichst schnell wieder am Arbeitsleben teilnehmen können. Das liegt auch im ureigensten Interesse jedes Unternehmens.

Familienförderung: AK-Präsident Hämmerle sieht den Vorschlag von BAK und IV kritisch

Hämmerle: „Nicht wieder bei Familien den Sparstift ansetzen“

Interessenvertretung sieht für AK-Präsident Hämmerle anders aus. Er wehrt sich heftig gegen den Vorschlag von Bundesarbeitskammer (BAK) und Industriellenvereinigung (IV) zu einer neuen Familienförderung. „Alleinverdiener und Großfamilien wären bei diesem Modell die klaren Verlierer“, ärgert sich Hämmerle.

Der Vorschlag von BAK-Präsident Herbert Tumpel und IV-Präsident Veit Sorger sieht vor, dass künftig für jedes Kind 210 Euro pro Monat ausbezahlt werden, darüber hinaus soll es zweckgebundene 35-Euro-Gutscheine ge-

ben. Insgesamt sollen damit rund 100 Millionen Euro gespart werden. Verlierer wären nach einer Prüfung durch die Steuerexperten der AK Vorarlberg Alleinverdiener und Großfamilien.

Ungerechter Vorschlag

Unter dem Deckmäntelchen von Transparenz, Vereinfachung und besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen den österreichischen Familien künftig ganze 100 Millionen Euro Unterstützung abgezwickelt werden. Eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern wäre durch den Tumpel-Sorger-Vorschlag nur dann besser dran, wenn die

Frau arbeiten geht und die Kinderbetreuungskosten dadurch nicht zu hoch werden. Der Gutschein über 35 Euro pro Monat hebt sich betragslich auf, wenn die Kinderbetreuungskosten pro Kind zirka 1000 Euro pro Jahr übersteigen. „Schlussendlich dreht es sich aber um den Alleinverdienerabsetzbeitrag – wem einer zusteht, verliert, wer keinen hat, würde gewinnen“, sagt der AK-Präsident. Am schlimmsten würde es große Familien mit mehr als drei Kindern treffen, bei denen die Mutter zu Hause bei den Kindern bleibt und eines davon womöglich auch noch studieren geht. „Auch wir setzen

uns für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie für bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein“, argumentiert Hämmerle, „allerdings soll das nicht auf dem Rücken von Großfamilien und Alleinverdienern passieren.“ Was Hämmerle am meisten ärgert, ist, dass sich die Vertreter der Wirtschaft mit Händen und Füßen wehren, wenn es um eine moderate Vermögensbesteuerung, eine Anpassung der Stiftungsbesteuerung oder die Abschaffung der Gruppenbesteuerung geht. Bei den Familien im Vorübergehen 100 Millionen Euro abzuzapfen, sei offensichtlich aber kein Problem.



Hämmerle: „Familien gehören entlastet und nicht noch weiter belastet.“

Kurz gemeldet ...

- **Österreich bleibt dabei:** Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien erhalten erst 2014 den vollen Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt. ► **Seit der Öffnung** des Arbeitsmarktes im Mai des Vorjahres sind 21.736 Arbeitnehmer aus osteuropäischen EU-Ländern nach Österreich gekommen. Die meisten davon stammen aus Ungarn. ► **Reformbedarf:** Die Österreicher sehen im Gesundheitsbereich die größte Reformnotwendigkeit. In einer GfK-Umfrage meinten 82 Prozent, dass Reformen in der Gesundheit notwendig seien. ► **Gegengewicht zu US-Agenturen:** Die von der Unternehmensberatung Roland Berger konzipierte Ratingagentur soll Ende 2012 ihre ersten Noten vergeben. Sollte das notwendige Kapital zusammenkommen und die zuständige Aufsicht grünes Licht geben, wird die Agentur zuerst Länderratings anbieten.



Auf modische Außergewöhnlichkeiten sollte man besonders beim Bewerbungsgespräch nach Möglichkeit verzichten und sich dem Anlass entsprechend gepflegt kleiden.

AK-Tipps für die erfolgreiche Suche nach einer Lehrstelle

Bei der Suche nach einer Lehrstelle ist man gegenüber der Konkurrenz im Vorteil, wenn man weiß, worauf man achten muss. Marcus Mayer, Leiter der Jugend- und Lehrlingsabteilung der AK Vorarlberg, gibt wertvolle Tipps.

Die Semesterferien rücken näher und damit auch die Zeit, in der man sich auf Lehrstellensuche machen sollte. Von der Bewerbung bis zum Vorstellungsgespräch warten allerdings einige Fallstricke auf angehende Facharbeiter. „Man sollte vorab so viele Informationen wie möglich sammeln“, sagt Marcus Mayer.

Das heißt: Schnuppertage, Berufsinformationsveranstaltungen an der Schule nutzen oder sich beim BIFO beraten beziehungsweise eine Potenzialanalyse durchführen lassen. Wichtig sei auch, nicht gleich auf den ersten Zug aufzuspringen, sich selbst Gedanken zu machen und mit seinen Eltern und Verwandten über ihre Berufswahl zu sprechen und deren Erfahrungen für sich zu nutzen.

„Es ist wichtig, so viel wie möglich über die persönlichen Talente und Neigungen herauszufinden. Tatsächlich

gibt es aber auch Ausschlussgründe für einen Lehrberuf, so hat jemand mit einer Mehlstauballergie sicher schlechte Karten als Bäcker oder Konditor“, so Mayer.

Hat man dann die grundlegende Entscheidung für einen oder mehrere Berufe getroffen, gibt es die verschiedensten Möglichkeiten, sich über Ausbildungsbetriebe zu informieren. Moderne Medien wie das Internet sind dafür genauso gut geeignet wie die klassischen Stellenanzeigen oder Sonderbeilagen, die jedes Jahr im Frühjahr erscheinen.

Persönliche Visitenkarte

„Nach der Entscheidung für einen Beruf geht es in die zweite Runde: es gilt, Bewerbungsschreiben zu versenden und die sind das Erste, was der potenzielle Arbeitgeber vom Lehrling zu Gesicht bekommt. Man gibt also nicht nur einfach einen Brief ab, sondern eine persönliche Visitenkarte, aus der Personalchefs sehr viel herauslesen können“, führt Mayer aus.

Die Bewerbung sollte ein Begleitschreiben, einen tabellarischen Lebenslauf, ein gutes Porträtfoto, das letzte Jahreszeugnis und die aktuelle Schul-

nachricht (Halbjahreszeugnis) beinhalten. Im Begleitschreiben sollte kurz ausgeführt werden, warum man Interesse an der angebotenen Lehrstelle hat und weshalb man sich dafür geeignet fühlt.

„Einige Dinge sind aus meiner Sicht besonders wichtig. Die Unterlagen sollten sauber und ohne Eselohren bei der zuständigen Person landen, im Zweifelsfall ist vorher abzuklären, wer der genaue Adressat der Unterlagen ist. Beim Bild ist darauf zu achten, dass ein ordentliches Porträt auf dem Begleitschreiben platziert ist. Dabei sollte kein Partybild oder ein lustiger Schnappschuss verwendet werden. Drittens sollte man die Unterlagen von jemandem auf Rechtschreib- und Grammatikfehler kontrollieren lassen“, weist Marcus Mayer auf die häufigsten Stolperfallen hin.

Erster Eindruck zählt

Hat man dann einen Termin für ein Vorstellungsgespräch bekommen, geht es in die letzte Phase. Pünktlichkeit ist hier oberstes Gebot, man sollte sich fünf bis zehn Minuten vor dem vereinbarten Zeitpunkt beim Pförtner oder der Vermittlung anmelden und im Fal-

le einer Verspätung so früh als möglich telefonisch Kontakt aufnehmen und die Verspätung ankündigen.

„Es gibt keine zweite Chance für den ersten Eindruck. Das äußere Erscheinungsbild sollte der Situation angemessen sein, schmutzige oder abgetragene Kleidung weisen nicht unbedingt auf einen ausgeprägten Ordnungssinn hin. Es ist auch wichtig, authentisch zu bleiben und sich nicht zu verstellen“, sagt Mayer.

Während des Vorstellungsgesprächs läutend Handys oder Kaugummis weisen genauso wenig auf einen respektvollen Umgang mit dem Gegenüber hin, wie eine Begrüßung ohne Handschlag oder Blickkontakt.

Außerdem sollte man sich vorher über die Firma und ihre Dienstleistungen oder Erzeugnisse erkundigen, um erklären zu können, warum man sich gerade hier beworben hat und weshalb man sich für die Position geeignet fühlt. Am besten spielt man das Gespräch vorher mit den Eltern durch, um auf eventuelle Fragen reagieren zu können.

Links für Lehrstellensuchende:
<http://akbasics.at/Lehrstellen.php>

Lehrlingstipp

Weniger Lohn für Lehrlinge

Ilse begann ihre Lehre als Bautechnische Zeichnerin in einem kleinen Architekturbüro. Es gab dort keine weiteren Beschäftigten. Für den Lehrberechtigten und seinen neuen Lehrling schien nicht immer genug Arbeit da zu sein. Er fragte daher nach, ob es etwas ausmache, wenn er seinen Lehrling mangels Arbeit gelegentlich früher nach Hause schicke. Ihm wurde mitgeteilt, dass derlei Arbeitsverkürzungen nicht auf Kosten der Ausbildungsqualität gehen und nicht zu verbotenen Einarbeiten führen dürfen. Im Übrigen ist die Einteilung der Arbeitszeit Sache des Betriebes. Die „gelegentlichen“ Freistellungen wurden im Laufe der Zeit betrieblicher Alltag – wogegen das Lehrling nichts einzuwenden hatte. Ilse kam auf eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden und dies war auch die Grundlage für die Entlohnung. Sie erhielt also während ihrer gesamten Lehrzeit etwa um ein Viertel weniger als der kollektive Mindestgehalt vorsieht. Die ausstehende Lohndifferenz war beträchtlich, welche für Ilse seitens der AK-Jugend- und Lehrlingsabteilung geltend gemacht wurde. Im Einzelfall kann vom Normalfall (für die gesetzliche Höchstleistungszeit gebührt der kollektivvertragliche Mindestlohn) abgewichen werden – aber stets nur zum Vorteil des Lehrlings und keinesfalls zu seinem Nachteil.



Monika Gafner

Informationen und Beratung:
www.akbasics.at

Schüler besuchen die AK Vorarlberg

Wieder haben viele Schüler und deren Lehrer die AK Vorarlberg in Feldkirch besucht. Dabei wurden ihnen von den Referenten der Lehrlings- und Jugendabteilung die zahlreichen Serviceleistungen der Arbeiterkammer erläutert. Zum Abschluss gab es einen kleinen Imbiss und ein Geschenk für die Jugendlichen.



HAK Feldkirch, Klasse 2b



PTS Bregenz, Klasse FSB



Stiftung Jupident, Finanzführerschein



PTS Bregenz, Klasse HB

AK-Tipp: Geld für schlaue Lehrlinge

Lehrlinge können einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge zurückfordern, wenn sie einen Antrag stellen.

Bis zu einem Einkommen von etwa 1100 Euro brutto monatlich bezahlen Lehrlinge keine Lohnsteuer. Es kann jedoch ein Teil der Sozialversicherungsbeiträge zurückgefordert werden. Im günstigsten Fall bekommen Auszubildende bis zu 110 Euro rückerstattet.

Pendlerzuschlag

Wenn der Weg zur Arbeit mindestens 20 Kilometer pro Strecke (einfache Wegstrecke) beträgt, dann kann der Pendlerzuschlag genützt werden. Er bringt eine höhere Steuergutschrift

(höchstens 251 Euro). Die Pendlerpauschale und den Pendlerzuschlag gibt es aber nur dann, wenn tatsächlich Fahrtkosten anfallen.

Informationen und Beratung:
050/258-2300 und www.akbasics.at



Wissen kann bares Geld wert sein.



Wenn Probleme in der Lehre auftauchen

Das Lehrlingscoaching ist eine Kooperation von AK Vorarlberg, Wirtschaftskammer, Land Vorarlberg beziehungsweise AMS und unterstützt kostenlos Jugendliche und Ausbildungsbetriebe beim Auftreten von Problemen während der Lehre. Es zielt in erster Linie darauf ab, durch eine frühzeitige begleitende Unterstützung die vorzeitige Auflösung eines Lehrverhältnisses zu verhindern. Infos dazu gibt es bei Erika Fussenegger, 05572/3894-315 oder per E-Mail unter fussenegger.erika@wkv.at.

Insolvenzstatistik 2011 der AK Vorarlberg – durchaus positiv: Sanierungsverfahren sind Chance, mehr Arbeitsplätze zu retten

1018 Arbeitnehmer sind mit Verzögerung Opfer der Krise

Die Wirtschaftskrise scheint überwunden, die aktuelle Währungs- und Finanzkrise ist mit jeder Menge Fragezeichen behaftet. Die Zahl der Arbeitnehmer als Betroffene von Firmeninsolvenzen hat 2011 jedenfalls einen neuerlichen Höhepunkt erreicht.

„Wir hatten 2011 so viele betroffene Arbeitnehmer wie zu Krisenbeginn 2008!“, erklärt Dr. Michael Simma, Leiter der Insolvenzrechtsabteilung der AK Vorarlberg, die aktuelle Jahresstatistik. 1018 Arbeitsplätze waren im vorigen Jahr in Vorarlberg wegen Firmenpleiten gefährdet – oder anders ausgedrückt: 134 Firmen, die ein Fall für den Insolvenzrichter wurden, hatten zu diesem Zeitpunkt zusammen 1018 Beschäftigte. Für sie musste deshalb die AK Vorarlberg als gesetzliche Interessensvertretung aktiv werden, um Ansprüche von über zehn Millionen Euro zu sichern. 1018 Arbeitnehmer, das waren um 30 Prozent mehr als noch 2010. Endgültig verloren gingen 639 Arbeitsplätze – mehr als doppelt so viele wie 2010.

Zahlen kein Widerspruch

Die große Steigerung überrascht, schließlich hatte man 2011 die Wirtschaftskrise als überwunden geglaubt, waren die Arbeitslosenzahlen rückläufig und die Stimmung „nur“ zuletzt durch Euro- und Schuldenkrise getrübt. Für Insolvenzrechts-Experte Simma sind der im Vorjahr wieder kräftig angelaufene Konjunkturmotor und die unerfreulichen Zahlen der Pleitenstatistik allerdings kein Widerspruch. Durch Zurückfahren der Produktion, Überstundenabbau, Kurzarbeit und andere Maßnahmen habe sich der eine oder andere Wackelkandidat noch über die erste Phase der Krise retten können, doch für den Aufschwung fehlte es dann an Substanz. „Ich bin überzeugt davon, dass wir es hier mit einer zeitlich verschobenen Wirtschaftskrise zu tun haben“, interpretiert Simma die auffälligen Verschlechterungen in der Statistik.

336 Prozent Steigerung

Dass weniger Insolvenzverfahren vom Gericht abgewiesen wurden, weil erst gar kein Vermögen mehr vorhanden



Dr. Michael Simma, Leiter der Insolvenzrechtsabteilung: „Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu erhalten, sind erleichtert worden.“

war, davon allerdings mehr Dienstnehmer betroffen waren, untermauert die Annahme Simmas. Diese untypische Insolvenzentwicklung im Jahr 2011 hat einen besonderen Grund. Ein weiteres Indiz dafür ist, dass die Zahl der von Sanierungsverfahren betroffenen Arbeitnehmer von 0 auf 336 zugenommen hat. Es klingt zwar paradox,

aber eigentlich ist diese Veränderung erfreulich. Im Herbst 2010 war es zu einer Änderung des Insolvenzrechts gekommen: Aus dem Ausgleich als quasi letzter Chance, einen drohenden Konkurs abzuwenden, wurde das so genannte und wesentlich flexiblere Sanierungsverfahren. „Die Möglichkeiten, ein Unternehmen weiterzuführen, sind

dadurch erleichtert worden“, erläutert AK-Experte Michael Simma. Schon die Namensgebung Sanierungsverfahren verdeutlicht die Absicht des Gesetzgebers, dem maroden Unternehmen nach Möglichkeit aus der Patsche zu helfen und somit auch Arbeitsplätze zu retten. Es gibt eine Reihe an Erleichterungen, die die Unternehmer motivieren sollen, selbst eine Insolvenz zu beantragen, solange eine Rettung noch möglich ist.

Männer stärker betroffen

Jahresvergleiche belegen auch generelle Veränderungen am Arbeitsmarkt, wie etwa das „Wegrationalisieren“ des klassischen Hilfsarbeiters: Seit 2008 ist unter den Arbeitern die Zahl der von einer Firmeninsolvenz betroffenen Männer höher als jene der Frauen.

Insolvenzentwicklung in den vergangenen fünf Jahren

Betroffene Arbeitnehmer	2007	2008	2009	2010	2011
in Konkursverfahren	963	886	750	702	573
in Sanierungsverfahren ¹	40	4	1	0	336
von Abweisungen	100	110	114	48	83
in Schuldenregulierungen	34	31	42	35	26
gesamt	1137	1031	907	785	1018
Verlorene Arbeitsplätze	713	707	481	315	639
Angemeldete Forderungen in €	13.778.889	16.116.110	9.693.701	7.393.538	10.311.510
Befriedigte Forderungen in €	12.320.169	14.569.491	7.878.079	6.977.651	8.842.593

¹ bis 2010 in so genannten Ausgleichen

Quelle: Insolvenzrechtsabteilung der AK Vorarlberg

Weiberkram

Gut gemeint ...

... ist nicht immer gut getroffen. Seit März 2011 sollen Betriebe in Stellenanzeigen auch das vorgesehene Gehalt veröffentlichen, seit 1. Jänner diesen Jahres ist diese Regelung verpflichtend und die Nichtbeachtung mit Geldstrafe bedroht. Damit soll der Ungleichbehandlung von Bewerbern, vor allem von Männern und Frauen, entgegengewirkt werden. Und was passiert? Erraten, es wird das Mindestgehalt laut Kollektivvertrag angegeben. Dass man damit in manchen Branchen und Berufen keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt, liegt auf der Hand – aber das hindert selbstbewusste Bewerber natürlich nicht daran, geschickt zu verhandeln und die Optionen „nach oben hin“ auszuloten. Weniger von sich überzeugte Interessenten – und das sind häufig Frauen – resignieren, akzeptieren, was geboten wird, oder suchen sich ein anderes Einsatzfeld. An dieser Stelle wird es allerdings auch für die Betriebe kritisch: Unterdurchschnittliche Gehaltsangaben sind im Wettbewerb nicht unbedingt imageförderlich – und kompetente potenzielle Mitarbeiter/innen können so auch abgeschreckt werden. Jedenfalls wird die Regelung keiner einzigen Frau auch nur einen Cent mehr Gehalt bringen – ebenso wenig übrigens wie die vorgesehene innerbetriebliche Offenlegung der Gehaltsstrukturen. Schon bisher ist es im Konfliktfall für Gleichbehandlungskommissionen kaum möglich, den Begründungen geschickter Personalisten im Hinblick auf unterschiedliche Dotierung gleicher oder ähnlicher Funktionen etwas entgegenzuhalten. Zusätzliche Qualifikation, Kontroll- oder Planungsaufgaben, Koordinationstätigkeiten der bevorzugten, meist männlichen Mitarbeiter – das ist schnell behauptet und oft nicht zu widerlegen. Auch hier gilt: Knapp vorbei ist auch daneben.



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

E-Mail: irene.dyk@jku.at

Für Sie da: AK-Präsident Hämmerle

Sie haben Fragen an den AK-Präsident Hubert Hämmerle oder ein persönliches Anliegen? • Telefonsprechstunde am 7. Februar und am 28. Februar jeweils von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800



Auch die AK Vorarlberg ist zum Internationalen Frauentag im Landhaus vertreten

Angebote für Frauen: komplette Übersicht

Jedes Jahr wird im März der Internationale Frauentag begangen. Zu diesem Anlass findet am 10. März in Bregenz zum vierten Mal das Vorarlberger Frauen-Info-Fest statt. Besucherinnen erwartet ein umfangreiches Programm.

Nahezu alle Vorarlberger Informations- und Beratungseinrichtungen für Frauen beziehen im Landhaus in Bregenz am zweiten Samstag im März buchstäblich Position: An deren Ständen stehen zahlreiche Expertinnen für berufliche, rechtliche oder auch private Anliegen mit ihrem Know-how zur Verfügung. Auch die AK Vorarlberg ist für Information und Austausch dabei.

Neben den verschiedenen Organisationen, die sich der breiten Öffentlichkeit vorstellen, erwarten die

interessierten Besucherinnen zwei informative Ausstellungen sowie das unterhaltsame Kirchenfrauen-Kabarett. „Uns reicht's – ganz einfach!“ lautet der Titel, unter dem die Kabarettistinnen Szenen aus ihrem bisherigen Programm zum Besten geben.

Errungenschaften und Zukunft

Die Errungenschaften der Vergangenheit und Herausforderungen der Zukunft sind Gegenstand der Ausstellung „100 Jahre Frauentag“. In chronologischer Reihenfolge wird hier ein Jahrhundert Frauenpolitik vor Augen geführt. Die Ausstellung „Grrrl Zines – Do it yourself!“ des Mädchenzentrums Amazone behandelt unabhängige Magazine, die von und für Mädchen und Frauen selbstständig herausgegeben, produziert und vertrieben werden.

4. Vorarlberger Frauen-Info-Fest



Samstag, 10. März 2012 von 10 bis 14 Uhr im Landhaus Bregenz. Der Eintritt ist frei.

Internet: www.vorarlberg.at/frauen

Weiters auf dem Programm stehen Führungen durchs Landhaus. Während des Frauen-Info-Fests werden Kinder kostenlos betreut.

AK Vorarlberg sieht sich durch Zahlen des Arbeitsinspektorats bestätigt

Belastungsanstieg wie befürchtet eingetreten

Das Vorarlberger Arbeitsinspektorat meldete, dass es noch nie so viele Klagen wegen Arbeitsüberlastung gegeben hat wie 2011. Die AK Vorarlberg sieht sich darin bestätigt, laufend auf die negativen Auswirkungen der wachsenden Belastungen für die Arbeitnehmer hinzuweisen.

AK-Präsident Hubert Hämmerle kann den Bericht der Arbeitsinspektoren sehr gut nachvollziehen: „Diese Ergebnisse decken sich mit den Fakten unserer Betriebsräteumfrage, die wir im Krisenjahr 2009 unter dem Titel ‚Krisen-Stimmungen‘ durchgeführt haben. Bereits damals berichteten die Betriebsräte von starken Steigerungsraten bei körperlichen und psychischen Belastungen.“ Wurde bei der Umfrage unter 160 Betriebsräten vor allem der

drastische Anstieg psychischer Belastungen am Arbeitsplatz thematisiert, überragte auch hier ein Faktor alle anderen deutlich – nämlich der Termin- und Zeitdruck.

Der in einer Prognose erwartete weitere Belastungsanstieg ist laut den Zahlen des Arbeitsinspektorats tatsächlich eingetreten. Weitere negative Faktoren sind ein hoher Verantwortungsdruck und ein zu hohes Arbeitsvolumen.

Statistik belegt Belastung

Ebenfalls in diese Richtung weist eine Erhebung der Statistik Austria über „Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme“. Nach Belastungsfaktoren gefragt, wurden Zeitdruck bzw. Überbeanspruchung am häufigsten genannt.

Kinderbetreuung, Bildung und Arbeitszeit sind die größten Hürden für einen erfolgreichen Wiedereinstieg in den Beruf

Wiedereinstieg gestaltet sich häufig schwierig

Wer nach der Kinderpause wieder im Arbeitsleben Fuß fassen möchte, muss eine Reihe an Hürden meistern. Die AK Vorarlberg hat gemeinsam mit dem AMS Vorarlberg eine repräsentative Studie zum Thema „Wiedereinstieg in den Beruf“ in Auftrag gegeben.

Der Arbeitsmarkt hat sich nach der Wirtschaftskrise wieder erholt. Die Arbeitslosenzahlen sind zurückgegangen und sollen laut Einschätzungen von Experten auch auf niedrigem Niveau bleiben. Es gibt jedoch spezifische Beschäftigungsgruppen, die davon wenig spüren. Dazu zählen zum Beispiel Frauen, die nach den Kindererziehungszeiten wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen möchten. „Für diese Studie wurden 423 Wiedereinsteigerinnen, die beim AMS vorgemerkt waren, interviewt. Davon haben 237 Frauen den Wiedereinstieg geschafft und 186 konnten am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen“, erläutert Studienautorin Dr. Eva Häfele.

Erwerbstätige in Vorarlberg

Von allen atypisch erwerbstätigen Frauen in Vorarlberg, sind 40.600 beziehungsweise 84 Prozent in Teilzeit angestellt. „Insgesamt hat sich die Zahl der in Teilzeit beschäftigten Frauen von 1999 bis zum Jahr 2009 fast verdoppelt“, bestätigt Häfele. Neben dem schlechten Einkommen im Vergleich

zu den männlichen Kollegen, hat auch die hohe Zahl an geringfügig- oder teilzeitbeschäftigten Frauen negative Auswirkungen auf die Alterspension. In Vorarlberg leben die ärmsten Pensionistinnen in Österreich mit einem mittleren Jahreseinkommen von 11.080 Euro. Dieser Betrag liegt satte 52 Prozent unter dem durchschnittlichen Einkommen eines männlichen Pensionisten.

Auch beim Blick auf die Schulbildung eröffnen sich erschreckende Zahlen: 20,3 Prozent aller Erwerbstätigen in Vorarlberg verfügen maximal über einen Pflichtschulabschluss. Von den vorgemerkten Wiedereinsteigerinnen in den Jahren 2009/2010 sind davon 47,4 Prozent betroffen. „Diese Zahlen können zwar dahingehend relativiert werden, dass sich der Ausbildungsstand der Frauen seit den 70er-Jahren rapide verbessert hat, doch das schlägt sich bis heute weder auf das Gehalt noch auf die Position der Frauen in den Unternehmen nieder“, kritisiert Häfele.

Unzureichende Kinderbetreuung

43 Prozent, also fast die Hälfte der in der Studie befragten Frauen, machen die fehlende oder nicht passende Kinderbetreuung für das Scheitern ihres Wiedereinstiegs verantwortlich. Das bestätigt auch die Tatsache, dass 60 Prozent der Mütter erst wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen,

wenn ihr Kind älter als vier Jahre alt ist. „Wiedereinsteigerinnen brauchen Betreuungsangebote, die tageszeitlich flexibel und vor allem ganzjährig zur Verfügung stehen. Sie müssen finanziell leistungsfähig sein, damit sich das Arbeiten auch lohnt“, betont Häfele.

Aus- und Weiterbildung

Im Bereich Bildung gilt: Je besser die Ausbildung, desto eher klappt es mit dem Wiedereinstieg. Ohne oder mit lediglich Pflichtschulabschluss besteht eine geringere Chance, wieder am Arbeitsleben teilnehmen zu können. Auch Frauen, die vor ihrer Kinderpause in niedrigen Tätigkeiten beschäftigt waren, schaffen lediglich zu 50 Prozent eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt. Bei Frauen in höheren Tätigkeiten steigt sich dieser Wert auf 64 Prozent. Besonders Berufserfahrung sowie berufsspezifische Kurse erhöhen die Chance auf einen Wiedereinstieg.

Flexible Arbeitszeiten notwendig

Lediglich 11,4 Prozent der Wiedereinsteigerinnen arbeiten mehr als 35 Wochenstunden. 80 Prozent sind in teilzeitbeschäftigt mit bis zu maximal 25 Stunden pro Woche. Die ungünstigen Arbeitszeiten zählen für die Wiedereinsteigerinnen – nach der Kinderbetreuung – zu den größten Hindernissen, wieder erfolgreich Arbeit zu finden.

Viele Betriebe zeigen wenig Bereitschaft, Teilzeitstellen anzubieten. Lediglich im Verkauf und teilweise im Reinigungswesen gibt es diesbezüglich ein größeres Stellenangebot. Im Gastgewerbe sind Teilzeitanstellungen zwar vorhanden, aber zu Arbeitszeiten, in der die fehlende Kinderbetreuung wieder zum Hindernis wird. „Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht flexible Arbeitszeiten. Solche intelligenten Modelle müssen nicht neu erfunden werden – das zeigen Vorarlberger Betriebe, die die Wiedereinsteigerinnen als wertvolle Mitarbeiterinnen schätzen und gleichzeitig deren Betreuungspflichten berücksichtigen“, stellt Häfele fest.



AK-Präsident Hubert Hämmerle, Studienautorin Dr. Eva Häfele und AMS-Geschäftsführer Anton Strini stellten die Studienergebnisse der Öffentlichkeit vor.

Die komplette Studie als Download: www.ak-vorarlberg.at/publikationen



Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigt es neben flexiblen Kinderbetreuungsangeboten

AK-Präsident Hubert Hämmerle fordert den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und die Einführung eines verpflichtenden Pensionssplittings

„Kindererziehung darf nicht zur Karriere Falle werden“

Mittels einer Studienreihe macht die AK Vorarlberg regelmäßig auf Problemfelder am Arbeitsmarkt aufmerksam. Speziell bei den Frauen eröffnen sich durch Mehrfachbelastungen immer wieder neue Herausforderungen.

Eine aktuelle Studie der AK Vorarlberg und des AMS Vorarlberg zum Thema „Wiedereinstieg in den Beruf“ hat erschreckende Ergebnisse ans Tageslicht gebracht. AK-Präsident Hubert Hämmerle warnt eindringlich davor, die Rolle der arbeitenden Frauen nicht zu unterschätzen und Chancengleichheit trotz Kindererziehung zu ermöglichen.

Aktion: Die Kinderbetreuung in Vorarlberg schneidet in der aktuellen Studie nicht gut ab. Was muss sich Ihrer Meinung nach verbessern?

AK-Präsident Hubert Hämmerle: Vorab möchte ich festhalten, dass sich diesbezüglich in den letzten Jahren bereits einiges in eine positive Richtung

bewegt hat. Es fehlt aber noch an der notwendigen Flexibilität in Bezug auf die Öffnungszeiten beziehungsweise an durchgehenden Betreuungsangeboten. Auch die diesbezüglich anfallenden Kosten stellen für viele Wiedereinsteigerinnen eine große Hürde dar. Alleinerzieherinnen stehen zudem häufig keine Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder zur Verfügung. Wir stützen uns auf den Vereinbarkeitsindikator Beruf und Familie (siehe Kasten Seite 7), dem in Vorarlberg lediglich 9,3 Prozent der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für 1- bis 2-Jährige entsprechen. Bei den 3- bis 5-Jährigen liegt dieser Wert sogar nur bei sechs Prozent.

Forderungen in diese Richtung sind auch immer ein Kostenfaktor für die Träger der Einrichtungen.

Das ist ein wichtiger Punkt. Ich sehe zum Beispiel nicht ein, dass bei diesem benötigten Ausbau der frühpä-

dagogischen Einrichtungen nur die Gemeinden zur Kasse gebeten werden. Hier ist auch eine finanzielle Unterstützung von Bund und Land gefragt.

Welche konkreten Maßnahmen sind auf Seiten der AK Vorarlberg für Wiedereinsteigerinnen geplant?



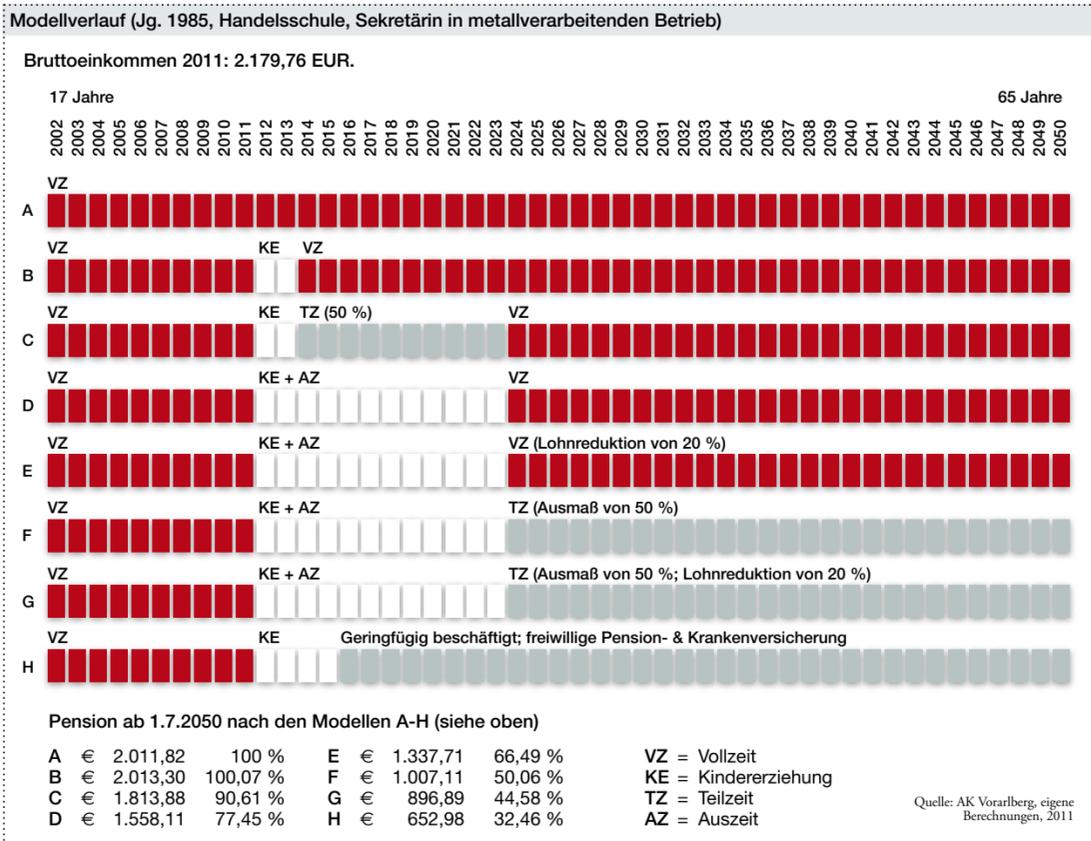
Hämmerle: „Ein geringes Beschäftigungsausmaß wirkt sich nachteilig auf die Pension aus.“

Ein wesentlicher Punkt wird sein, dass die Arbeiterkammer im Frühjahr ein Pilotprojekt startet, in dem Wiedereinsteigerinnen umfassend beraten werden. Es geht neben einer konkreten Zukunftsplanung auch um eine Bestandsaufnahme, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten bereits vorhanden

sind. Diese gilt es weiter auszubauen. Wichtig ist zudem, dass die Frauen aufgeklärt werden, welche Auswirkungen eine geringfügige Beschäftigung oder Teilzeitarbeit auf die künftige Pension haben. Oftmals stehen Frauen, die mehrere und längere Kinderpausen hinter sich haben und im Anschluss nur ein geringes Ausmaß gearbeitet haben, vor der Tatsache, dass ihre Pension schlussendlich nicht fürs Leben reicht. Hier ist es dringend notwendig, Aufklärungsarbeit zu leisten. Ein weiterer Punkt ist die Forderung nach einem verpflichtenden Pensionssplitting, damit auch der Kindsvater einen entsprechenden Beitrag für die Kindererziehung der Mutter leistet. Die „Babypause“ hat oft zur Folge, dass sich die Berufslaufbahn der Mutter drastisch ändert, da sie dem Arbeitsmarkt längere Zeit nicht zur Verfügung steht. Das bringt neben finanziellen Einbußen auch häufig den Wiedereintritt in niedrigerer Position mit sich.



... auch Arbeitszeitmodelle, die auf die Eltern und deren Betreuungspflichten abgestimmt sind.



Forderungen der AK Vorarlberg

Kinderbetreuung

Fehlende oder mangelnde Kinderbetreuung erschwert vielen Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf. Die AK Vorarlberg fordert deshalb den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen sowie flexiblere und längere Öffnungszeiten von Spielgruppen und Kindergärten. Den Maßstab stellt der Vereinbarkeitsindikator Beruf und Familie dar, der folgende Faktoren umfasst:

- + Die Betreuungseinrichtung darf pro Jahr höchstens 25 Betriebstage geschlossen haben.
- + Die Öffnungsdauer von mindestens 45 Stunden pro Woche muss gewährleistet sein.
- + Die Einrichtung muss werktags von Montag bis Freitag geöffnet sein.
- + Vier Tage pro Woche muss die Einrichtung mindestens 9,5 Stunden täglich geöffnet sein.
- + Den betreuten Kindern muss ein Mittagessen angeboten werden.

Altersversorgung

Vielen Wiedereinsteigerinnen fehlt das Grundwissen, wie – vor allem finanziell nachteilig – sich eine geringfügige Beschäftigung beziehungsweise längerfristige Teilzeitarbeit auf die künftige Altersversorgung (Pension) auswirkt. Eine Sensibilisierung ist diesbezüglich dringend notwendig (siehe dazu Grafik unten links). Die AK Vorarlberg wird speziell in diesem Bereich eine Beratung für Wiedereinsteigerinnen anbieten. Im Frühjahr wird ein erstes Pilotprojekt dazu starten. Konkret werden in Einzelgesprächen die Zukunftspläne analysiert sowie ein Fahrplan erstellt, wie die Ziele erreicht werden können. Parallel dazu finden regelmäßige Workshops statt, die von Experten geleitet werden und die Wiedereinsteigerinnen sukzessive beim Wiedereinstieg in den Beruf begleiten.

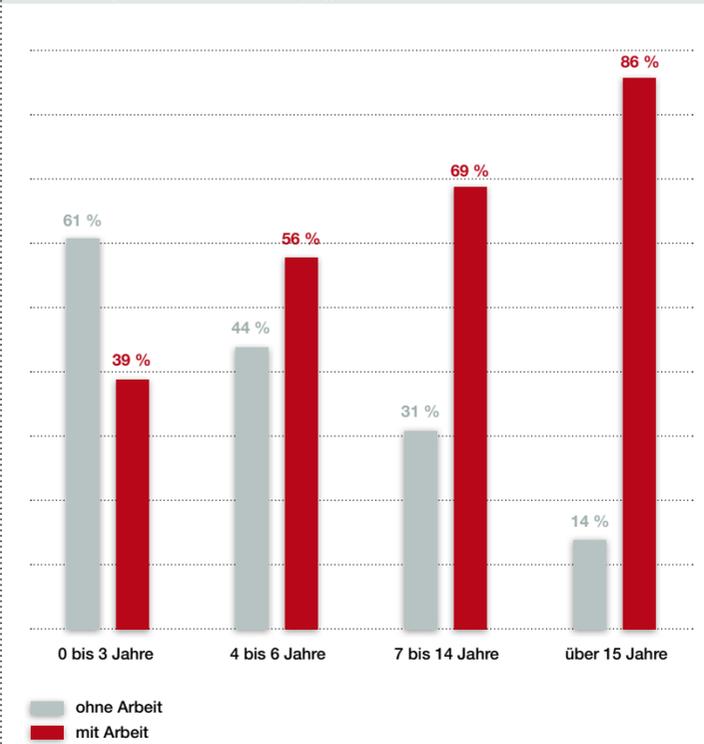
Pensionsplitting

Kindererziehung ist immer noch in einem hohen Ausmaß „Frauenarbeit“. In Vorarlberg waren es im August 2011 lediglich 2,4 Prozent der Männer, die Väterkarenz in Anspruch genommen haben. Das ist der niedrigste Wert in ganz Österreich. Diese wichtige Aufgabe wird somit fast ausschließlich von Frauen geleistet. Die Folgen sind drastisch: Wenn Frauen dem Arbeitsmarkt länger fern bleiben, schlägt sich das schließlich auf ihre Entlohnung sowie auf die Stellung im Beruf nieder. Die AK Vorarlberg fordert deshalb, dass ein verpflichtendes Pensionsplitting eingeführt wird, damit auch der Kindsvater einen entsprechenden Beitrag für die Kindererziehung der Mutter leistet. Konkret soll jener Elternteil, der erwerbstätig ist, bis zu 50 Prozent seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto jenes Elternteils, der die Kindererziehung übernimmt, übertragen.

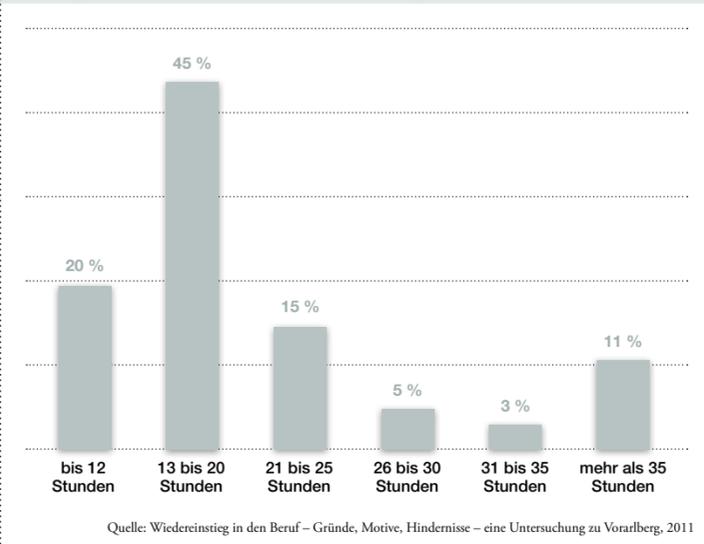
Flexible Arbeitszeitmodelle

Unternehmen sind künftig gefordert, flexiblere Arbeitszeitmodelle für Wiedereinsteigerinnen zu schaffen, um ihnen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Neben dem Fachkräftemangel, macht dies auch der demografische Wandel dringend notwendig.

Jobeintrittsquoten nach Alter des jüngsten zu betreuenden Kindes n = 421



Derzeitige Wochenarbeitszeit der Wiedereinsteigerinnen in % n = 237



Das Jahr 2012 beginnt für die Konsumenten erfreulich: Änderungen im Bereich Lebensmittel und elektronische Überweisungen traten mit 1. Jänner in Kraft

Verpackung bei Wurst & Co darf nicht mitgewogen werden

Das Jahr 2012 bringt gleich zwei maßgebliche Änderungen für Konsumenten mit sich. Neben dem Verbot, künftig die Verpackung bei losen Produkten an der Theke mitzuwiegen, müssen auch Überweisungen rascher auf dem Konto gutgeschrieben werden.

Endlich wurde eine von Konsumentenschützern schon jahrelang erhobene Forderung gesetzlich verbindlich. Immer wieder wurde die AK-Konsumentenberatung von Konsumenten kontaktiert, die sich ihrem Ärger Luft machten, dass in vielen Lebensmittelgeschäften – zum Beispiel beim Kauf von Fleisch- und Wurstwaren – die Verpackung mitgewogen wurde. Gerade bei kleineren Mengen und vor allem bei entsprechend teuren Spezialitäten steigerte diese Vorgehensweise die Preise empfindlich. Damit hat der Gesetzgeber ab 1. Jänner 2012 endlich Schluss gemacht.

Die Preisermittlung beim Verkauf von losen Produkten hat nunmehr ausschließlich auf Basis der Produktmasse zu erfolgen. Verpackungsmaterial in jeglicher Art darf nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn die Konsumenten also beispielsweise Wurst oder teuren Rohschinken an der Feinkosttheke kaufen, darf das Gewicht des Verpackungsmaterials nicht mitgewogen werden. Dadurch wird tatsächlich nur die gekaufte Ware und nicht das Verpackungsmaterial bezahlt. „Die Konsumenten sollten bei jedem Einkauf von Wurst, Fleisch, Käse usw. an der Theke darauf achten, dass dieses neue Gesetz auch eingehalten wird“, rät Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung.

Raschere Überweisungsdauer

Seit Jahresbeginn muss zudem jede elektronische Überweisung, die auf



Bisher wurden Verpackungen beim Abwiegen der Wurst mitverrechnet. Das hat sich nun geändert.

Euro lautet, bereits am nächsten Geschäftstag dem Konto gutgeschrieben werden.

Bei Überweisungen in Papierform verlängert sich die Ausführungsfrist zwar um einen Tag, aber dies heißt immer noch, dass spätestens am zweiten Geschäftstag die Überweisung am Konto gutgeschrieben sein muss. Nicht auf Euro lautende

Überweisungen haben innerhalb der Europäischen Union beziehungsweise dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eine maximale Überweisungsfrist von vier Geschäftstagen. Schrittweise wurde durch das Zahlungsdienstegesetz (ZaDiG), das seit 1. November 2009 gilt, festgelegt, dass ab 1. Jänner 2012 diese strengen Bestimmungen gelten. „Zwischen In-

krafttreten des Gesetzes und 1. Jänner 2012 waren bereits Einschränkungen hinsichtlich der Überweisungsdauer gesetzlich vorgesehen, allerdings durfte die Überweisungsdauer maximal drei Geschäftstage beziehungsweise bei in Papierform ausgelösten Zahlungsvorgängen vier Geschäftstage betragen“, erläutert Dr. Karin Hinteregger abschließend.

AK-Konsumententipp: Auflegen oder Anzeige erstatten

Telefonabzocke mit Tonband und sehr teurer Mehrwertnummer

Der Ideenreichtum der Telefonabzocker ist unendlich: Derzeit werden Vorarlbergs Konsumenten von einer Tonbandstimme aufgefordert, eine kostenpflichtige Mehrwertnummer anzurufen, ansonsten werde ein Mitspielbeitrag für ein Gewinnspiel vom Konto abgebucht.

Wer in letzter Zeit Anrufe der Nummer „+436666666“ entgegengenommen hat, wurde durch eine Tonbandstimme aufgefordert, die „1“ für eine Kundenberatung oder die „2“ für eine Verlängerung des Vertrages auf weitere zwölf Monate zu drücken. Konsumenten, die sich für die Kundenberatung entscheiden, wird mitgeteilt, dass sie vor ein paar Monaten an einem Gewinnspiel teilgenommen hätten.

Würde man jetzt nicht eine kostenpflichtige Mehrwertnummer anrufen, um den „Vertrag“ zu kündigen, würde am nächsten Tag der neue Mitspielbeitrag vom Konto abgebucht oder eine Rechnung zugeschickt.

Gewinnspielvertrag existiert nicht

AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte, BBA rät: „In diesen Fällen existiert weder ein alter Gewinnspiel-



Konsumenten werden aufgefordert, eine teure Mehrwertnummer zurückzurufen und werden dabei schamlos abgezockt.

vertrag noch sollte in irgendeiner Form auf diesen Anruf reagiert werden.“

Betroffene berichten, dass Konsumenten beim Anruf der teuren Mehrwertnummer sehr lange hingehalten werden. Da die Anrufe mehr als 3,5 Euro pro Minute kosten, können durch ein 15-minütiges Telefonat bereits über 50 Euro Kosten auflaufen.

Tipps der Konsumentenberatung

Sollten Konsumenten bereits diese Nummer angerufen haben, rät Leichte, eine Anzeige wegen Betrugs bei der

Polizei zu erstatten und die nächste Telefonrechnung schriftlich zu beanstanden. Sollte sich ein Gewinnspielunternehmen mittels Rechnung oder Vertragsunterlagen an Konsumenten wenden, ist es ratsam, schriftlich innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Unterlagen festzuhalten, dass keinem Vertrag zugestimmt wurde beziehungsweise sicherheitshalber den Rücktritt zu erklären.

Musterbrief für den Rücktritt:
www.ak-vorarlberg.at/konsument

Österreicher wollen Gürtel enger schnallen

Die österreichischen Verbraucher wollen im Jahr 2012 weniger Geld ausgeben. Vor allem bei größeren Anschaffungen sowie Haus- und Wohnungsrenovierungen werden die Konsumenten zurückhaltender. Jeweils 43 Prozent wollen hierfür weniger Geld ausgeben. Jeder Vierte plant, bei den Urlaubsausgaben zu kürzen und 28 Prozent wollen bei Restaurantbesuchen sparen.

EU: Online-Handel bis 2015 verdoppeln

Die EU-Kommission will Zahlungen im Internet und per Handy effizienter und sicherer machen, um Online-Käufe anzukurbeln. Bis 2015 will die EU-Kommission den elektronischen Handel verdoppeln. Bis zur Einführung soll das Konsumentenvertrauen durch Datenschutz gestärkt und mehr Transparenz in die Gebühren gebracht werden.

Handel mit illegalen Pestiziden floriert

Der Handel mit illegalen Pestiziden hat sich wegen der hohen Gewinnspannen bei geringem Risiko zu einem Milliardengeschäft innerhalb der Organisierten Kriminalität entwickelt. In einigen EU-Staaten stammen vermutlich mehr als 25 Prozent der Schädlingsbekämpfungsmittel vom Schwarzmarkt.

89 Millionen Tonnen landen auf dem Müll

Das EU-Parlament hat Schritte gegen die Verschwendung von Lebensmitteln gefordert. In einer Resolution haben die Abgeordneten gefordert, den Anteil von Nahrungsmitteln, die in der EU auf dem Müll landen, bis 2025 zu halbieren. Gleichzeitig soll Bedürftigen der Zugang zu Lebensmitteln erleichtert werden. Jeder EU-Bürger wirft laut Schätzungen pro Jahr 179 Kilo Lebensmittel weg, in Summe ergibt das 89 Millionen Tonnen.



„Du musst mir das kaufen!“ – Werbung, die Kinder animiert ihre Eltern aufzufordern, ein bestimmtes Produkt zu kaufen, ist verboten.

Verbotene Werbung für Volksschulkinder

Dem größten Teil der Eltern und Kinder ist das Stickersammelbuch „Wüsten und Steppen“ von SPAR sicher noch in Erinnerung. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat gegen die damit verbundene, aggressive Art der Werbung geklagt.

Auf den Werbeplakaten zur SPAR-Sticker-Aktion war zu lesen: „Die Entdeckungsreise zu den Wüsten und Steppen beginnt! Hol Dir das Buch dazu“ und darunter stand „Stickersammelbuch zum Sensationspreis Euro 1,99“. Zudem war die Zeichentrickfigur Garfield abgebildet, die neben einer mit Stickers gefüllten Schatztruhe inmitten einer Wüstenlandschaft lehnte. Die Eltern bekamen bei jedem Einkauf von

10 Euro ein grünes Sticker-Briefchen gratis dazu oder konnten sich blaue Sticker-Briefchen um 0,50 Euro separat dazukaufen.

Kinderwerbung nicht erlaubt

Die EU-Richtlinie gegen unlautere Geschäftspraktiken enthält eine Liste von absolut verbotenen Werbemethoden. Diese umfasst auch „eine direkte Aufforderung an Kinder in der Werbung, die beworbenen Produkte zu kaufen oder ihre Eltern oder andere Erwachsene zu überreden, die beworbenen Produkte für sie zu kaufen“. Das Landesgericht Salzburg gab der Klage des VKI recht. SPAR wurde diese Art der Werbung für die Zukunft verboten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge ist die ersten zehn Jahre nicht kündbar

Zukunftsvorsorge: OGH lässt vorzeitige Kündigung nicht zu

Lebensversicherung ist nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs nicht gleich Lebensversicherung: So ist eine prämiengünstige Zukunftsvorsorge (eigentlich auch nur eine Lebensversicherung) innerhalb der ersten zehn Jahre nicht vorzeitig kündbar.

„Sind laufende Prämien zu entrichten, so kann der Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis jederzeit für den Schluss der laufenden Versicherungsperiode kündigen.“ Dieser § 165 des Versicherungsvertragsgesetzes (VersVG) ist eigentlich klar verständlich und lässt deshalb keinen Interpretationsspielraum zu. Auf diesen Paragraphen berief sich denn auch ein Konsument, der 2009 seine Zukunftsvorsorge kündigen wollte, die er 2003 abgeschlossen hatte.

Doch die Versicherung akzeptierte die Kündigung nicht und verweigerte die Auszahlung des Rückkaufwertes. Die Causa landete bei Gericht. Nun gaben schlussendlich auch die Obersten Richter dem OLG Wien (GZ 4 R

328/10z) recht, das bereits gegen die Konsumenten entschieden hatte.

Spezialgesetz wiegt schwerer

Die Richter waren der Ansicht, dass die rechtlichen Normen für die prämiengünstige Zukunftsvorsorge jünger als die Bestimmungen des § 165 VersVG seien, und obwohl sich beide widersprächen, der Gesetzgeber wohl gewusst habe, was er hier tue: Die im Einkommenssteuergesetz (EStG) vorgesehenen speziellen Kündigungsbeschränkungen für die prämiengünstige Zukunftsvorsorge stünden über den älteren Regelungen des Gesetzes für Versicherungsverträge und gingen vor. Das eine derogiere, so das juristische Fachwort dafür, das andere.

Klausel in Finanzamts-Formular

Vor Vertragsabschluss hatte der Konsument, wie Tausende andere auch, das

übliche – dem Vordruck E108g des Finanzamts entsprechende – Formular mit folgendem Inhalt ausgefüllt: „Ich verpflichte mich unwiderruflich, für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren ab Einzahlung des ersten Betrags auf eine Rückzahlung des aus den geleisteten Beiträgen resultierenden Anspruches zu verzichten.“ In den konkreten

hofs in dieser Sache. Denn zu vergleichbaren Fällen hatte es in den letzten Jahren unterschiedliche Entscheidungen von Berufungsinstanzen gegeben.

Für Richter „sachlich gerechtfertigt“

Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung, macht kein Hehl daraus, „dass uns dieses Urteil nicht gefällt. Jemand, der vielleicht in Geldnot ist und deshalb früher aus dieser Versicherung aussteigen will, muss sich damit abfinden, dass solche Lebensversicherungen erst zum Ende des zehnten Jahres kündbar sind.“

Der OGH sieht diese Verfügungsbeschränkung auch sachlich gerechtfertigt: In krisenbedingten Notfällen könnten Konsumenten eine Prämienfreistellung vornehmen. „Dass das Kapital bei einer Prämienfreistellung nicht verfügbar ist, wird hierbei allerdings übersehen“, bedauert Hinteregger.



„Es ist ganz klar, dass uns im Interesse der Konsumenten dieses Urteil nicht gefällt.“

Dr. Karin Hinteregger, AK-Konsumentenschutz

Versicherungsbedingungen war überdies vorgesehen, dass eine Kündigung frühestens auf den Schluss des 15. Versicherungsjahres möglich ist.

Unterschiedliche Entscheidungen

Österreichweit blickten die Konsumentenschützer mit Spannung auf das Grundsatzurteil des Obersten Gerichts-

AvW: Gericht ist für Musterprozesse

Das Insolvenzgericht hat im AvW-Verfahren den Anlegern lange Fristen für das Einbringen von Klagen betreffend die von den Masseverwaltern bestrittenen Ansprüchen eingeräumt. Diese Fristen werden genutzt, damit offene Rechtsfragen in Musterprozessen exemplarisch geklärt werden können. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) wird – im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums – für Geschädigte diese Musterprozesse gegen die Masseverwalter führen. Den Ausgang dieser Verfahren können andere Geschädigte abwarten.

Energiekennzahlen in Wohnungsinseraten

Wohnungsinserate sollen in Zukunft kostentransparenter werden: Der Ministerrat hat ein Energieausweis-Vorlagegesetz (EAVG) beschlossen, wodurch ab dem 1. Dezember 2012 die wichtigsten Energiekennzahlen des Objektes angegeben werden müssen. „Ich weiß im Vorhinein relativ genau, womit ich bei den Heizkosten rechnen muss“, erklärte dazu Justizministerin Beatrix Karl.

Schwache Jahrgänge = weniger Mopeds

Im Vorjahr sind in Österreich 46.892 zweispurige motorisierte Fahrzeuge zugelassen worden. Dies entspricht einem Rückgang von 1,3 Prozent. Der Trend wird sich heuer ähnlich fortsetzen: Die Nachfrage nach Mopeds werde 2012 um etwa fünf Prozent sinken, die Gründe dafür liegen in den geburtenschwachen Jahrgängen.

Kurz gemeldet ...

► **Lange Öffnungszeiten** der Supermärkte locken in Deutschland nur wenige zum späten Einkauf: Nur jeder Sechste kauft nach 20 Uhr seine Lebensmittel, zeigt eine repräsentative Umfrage. ► **Die Zahl** der weltweit öffentlichen WLAN-Hotspots dürfte bis 2015 um 350 Prozent auf 5,8 Millionen steigen. ► **Durch die Kaufkraft Chinas** im Ausland wird China schon 2012 zum stärksten Verbraucherland von Luxuswaren werden: Allein aus Europa würden Luxusartikel im Wert von 59 Mrd. Euro eingekauft.



„Aus“ für aggressive Alko-Werbung

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hatte die beiden großen Anbieter für Maturareisen – DocLX und SplashLine – im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums geklagt, die Bewerbung von Maturareisen durch besonderes Hervorheben des „rund um die Uhr“ zur Verfügung stehenden „Markenalkohols“ zu unterlassen. Im Rahmen der ersten gerichtlichen Verhandlung hat sich der VKI mit DocLX darauf einigen können, dass der Reiseanbieter aggressive Werbung für harte Alkoholika gegenüber Jugendlichen in Zukunft unterlassen wird. „Es freut uns, dass wir nicht monatelang darüber streiten mussten“, erklärte Dr. Peter Kolba, VKI-Bereichsleiter Recht. Der VKI appellierte daraufhin auch an den Veranstalter SplashLine, diesem guten Beispiel rasch zu folgen.

Anzeige gegen unerwünschte Telefonwerbung als Formular auf AK-Webseite zum Herunterladen

Perfide: Telefonkeiler geben sich als Konsumentenschützer aus!

Keiler von Lotto- und Gewinnspielunternehmen tarnen sich neuerdings als Konsumentenschützer. Betroffene Konsumenten berichten, am Telefon hätte sich die „Konsumentenberatung“ bzw. der „Konsumentenschutz“ gemeldet.

Allein: Die Konsumentenschützer der AK Vorarlberg rufen keine Konsumenten an, die sie nicht vorher ausdrücklich um Hilfe gebeten haben. „Wir können nur empfehlen, solche Gespräche unverzüglich abzubrechen bzw. allenfalls Anzeige an die Fernmeldebehörde wegen unerwünschter Werbeanrufe zu erstatten“, sagt Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung.

Unerhörte Vorgangsweise

Die Vorgangsweise der Keiler ist mehr als perfide: In den Gesprächen wird angeblich argumentiert, dass der Unfug mit den Gewinnspielen aufhören

müsse und deshalb sei man den Konsumenten jetzt behilflich. In einem Fall wurde die Firma „Euromillionen“ als einzig seriöse Gewinnspielbetreiberin dargestellt, dort könne man ruhig einzahlen.

AK-Konsumentenschützerin Dr. Karin Hinteregger stellt unmissverständlich klar: „Wir empfehlen sicher keine Lotto- und Gewinnspielunternehmen als seriös bzw. dass man deren Angeboten nützen soll!“

Wehren Sie sich gegen Telefonkeiler!

Werbeanrufe, denen Sie (als Anschlussinhaber) zuvor nicht zugestimmt haben, sind in Österreich verboten. Deshalb die wichtigsten Tipps:

- Nicht in ein Werbegespräch am Telefon verwickeln lassen!
- Fragen Sie nur nach dem Namen des Unternehmens.
- Erstaten Sie Anzeige beim zuständigen Fernmeldebüro, dass Sie belästigt wurden.

Die Anzeige an die Fernmeldebehörde finden Sie unter „Musterbriefe“ auf der Webseite der AK Vorarlberg www.ak-vorarlberg.at/konsument

The form is titled 'Anzeige gegen unerwünschte Telefonwerbung' and includes fields for 'Anzeigegabe' (Name, address, phone number), 'Anzeigeempfänger' (Name, address, phone number), and 'Beschreibung der unerwünschten Telefonwerbung'. It also contains checkboxes for 'Anzeige wegen eines unerwünschten Werbeanrufs' and 'Anzeige wegen eines unerwünschten Werbeanrufs'.

Die AK-Konsumentenschützer halten die Anzeige gegen unerlaubte Telefonwerbung und weitere Musterbriefe für Sie bereit.



Jetzt „amtlich“: Konsumentenschutz für alle

Die Höchststricher haben entschieden: Die AK Vorarlberg darf weiterhin nicht nur ihre Mitglieder, sondern alle Bürgerinnen und Bürger des Landes in Konsumentenfragen beraten. Darüber freut sich auch AK-Direktor Rainer Keckeis: „Damit konnte ein mögliches Rechtsanwältinnen-Monopol erfolgreich verhindert werden – endlich gibt es in dieser Frage Rechtssicherheit“, so Keckeis zum Urteil des Obersten Gerichtshofs. Den „Konsumentenschutz für alle“, der von der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg angeboten wird, gibt es seit Anfang 2009. Einige Scharfmacher in der Rechtsanwaltskammer hatten in einem zähen Rechtsstreit bis zuletzt versucht, dieses für die Konsumenten in Vorarlberg so wichtige Service zu verhindern.

AK-Konsumentenberatung: Telefon 050/258-3000, E-Mail konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at, Internet www.ak-vorarlberg.at/konsument

Computer-Tipp

Inkscape

Bei diesem Programm handelt es sich um ein freies vektororientiertes Zeichen- und Malprogramm vergleichbar mit Anwendungen wie Adobe Illustrator oder Corel Draw. Nach dem Download der Installer-exe von der Seite des Herstellers kann die Installation mit einem Doppelklick auf die heruntergeladene, ausführbare Datei gestartet werden. Außerdem ist Inkscape für Mac OS X und Linux verfügbar. Die Benutzeroberfläche lässt sich an die jeweiligen Bedürfnisse anpassen und das Programm ist, wenn man sich schon einmal mit Adobe Illustrator oder Corel Draw beschäftigt hat, sehr einfach zu bedienen. Auf der Website von Inkscape unter dem Menüpunkt „Screenshots“ können Sie sich ein Bild von den Möglichkeiten dieser Software machen. Auch bei diesem Programm handelt es sich um ein Open-Source-Produkt. Das heißt, Sie können das Programm frei herunterladen und verwenden.



Oliver Fink

Download: <http://inkscape.org/>
(ca. 35,7 MB für Windows)



Das Team der AK-Bibliothek erhielt gute Noten für seinen Einsatz. Ulrike Keckeis, Harald Schweigkofler und Hildegard Nachbaur (v.l.n.r.) freuen sich über die positive Bewertung.

Einführung in die Welt von Auto-CAD

Dieser Kurs richtet sich an CAD-Interessierte, Konstrukteure, technische Zeichner und Systemverantwortliche. Nach diesem Kurs werden Sie in der Lage sein, selbstständig Zeichnungen mit Auto-CAD zu erstellen und Änderungen durchzuführen. Der Kurs „Auto-CAD Einführung“ beginnt am 21. Februar 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

EDV: Regina Knecht,
050/258-4030,
regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Motivation durch mentale Techniken

Wenn Menschen selbst gesetzte Ziele nicht erreichen, sind sie selten um eine Ausrede verlegen: Heute nicht! Bei dem Wetter? Eigentlich habe ich gar keine Lust. Dabei erleben sie sich antriebslos, sind gestresst, frustriert. Es geht auch anders. In diesem Workshop lernen Sie durch ausgewählte mentale Techniken, die Begeisterung für ein Thema bis zum Schluss zu erhalten. Das Seminar unter der Leitung von Alois Stolz startet am 6. März 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

Persönlichkeit: Sandra Studer,
050/258-4032,
sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung gestalten

Dieser Kurs beschäftigt sich mit den Grundlagen der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung und deren korrekter Führung. Anhand praktischer Beispiele werden Themen wie die richtige Erfassung von Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben oder die Umsatzsteuervoranmeldung behandelt. Zusätzlich werden auch Möglichkeiten der EDV-Unterstützung mit Hilfe des gebräuchlichen Computer-Programms „Eurofibu“ aufgezeigt. Der Kurs wird von Mag. Gaby Fischer geleitet und beginnt am 23. Februar 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

Wirtschaft: Sandra Studer,
050/258-4032,
sandra.studer@ak-vorarlberg.at

AK-Bibliothek Feldkirch liegt in der Lesergunst ganz vorne

Gute Ergebnisse für die AK-Bibliothek in Feldkirch im ersten Jahr am neuen Standort. Sowohl Leserfrequenz als auch Entlehnungen konnten verdoppelt werden.

Die AK-Bibliothek in Feldkirch konnte die Leserfrequenz im ersten Jahr am neuen Standort im Hauptgebäude der AK im Vergleich zum alten Standort mehr als verdoppeln. Die Entlehnungen konnten im Jahr 2011 auf rund 60.000 angehoben werden, was ebenfalls eine Steigerung um mehr als hundert Prozent bedeutet.

Auch wenn sich die Zahlen erfreulich entwickelt haben, ist man bemüht, die Leser hinsichtlich ihrer Zufriedenheit zu Wort kommen zu lassen. Mit einer Befragung wurde letztlich auch das Ziel verfolgt, die Dienstleistungen und Serviceangebote der Bibliothek zu verbessern und im Sinne der Kunden weiterzuentwickeln.

Die Erhebung umfasste die Bereiche Medienangebot, Öffnungszeiten, Infrastruktur und Service.

Insgesamt gute Entwicklung

Die unterschiedlichen Aspekte des Angebots wurden von den Bibliothekskunden überwiegend sehr positiv bewertet. 98 Prozent der Kunden sind mit ihrer AK-Bibliothek Feldkirch insgesamt zufrieden. Die Räumlichkeiten wurden erwartungsgemäß nach dem kompletten Umbau sehr positiv bewertet. Zufrieden sind die Leser auch mit den Öffnungszeiten, die gegenüber dem alten Standort stark erweitert wurden. Hier wünschen sich aber einige der Befragten eine Abendöffnung bis 19 Uhr.

„Die gute Entwicklung bei der Leserfrequenz und den Entlehnungen ist sicher auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Die neuen Räumlichkeiten sind offen, hell und ansprechend, wir

haben konsequent in neue Medien investiert und verfügen jetzt über noch mehr Bücher, aber auch mehr als 60 aktuelle Tageszeitungen beziehungsweise Zeitschriften, anspruchsvolle DVDs, CDs und E-Books“, sagt Ulrike Keckeis, die Leiterin der AK-Bibliothek in Feldkirch.

Neben dem klassischen Buch stünden auch immer mehr E-Books auf dem Wunschzettel der Leser, gerade in den letzten Monaten sei dieser Bereich spürbar gewachsen. Deshalb werde hier der Nachfrage Rechnung getragen und das Angebot ständig ausgebaut.

Rund 60 Prozent der Leserschaft seien Berufstätige, der Rest setze sich aus etlichen Kindergartengruppen, Schulklassen, Hausfrauen und Pensionisten zusammen. „Oft kommen auch ganze Familien in die AK-Bibliothek, die Eltern schmökern bei Belletristik oder Sachbüchern und die Kinder ver-

sorgen sich im eigens für sie gestalteten Bereich bei den Kinderbüchern“, zeigt sich Keckeis erfreut über den breiten Mix an Besuchern.

Die Rückmeldungen aus der Befragung seien wichtig für die tägliche Arbeit und gäben Aufschlüsse darüber, wie sich Frequenz und Entlehnungen noch steigern ließen.

Ebenfalls erfreut zeigt sich der Leiter des Bereichs Bildungspolitik, Gerhard Ouschan: „Wir sind sehr zufrieden mit den Ergebnissen der aktuellen Befragung und werden ab 1. Juli jeweils am Dienstag Abend in den Bibliotheken in Feldkirch und Bludenz bis 19 Uhr geöffnet halten.“

Die guten Umfragewerte sind auf die konsequente Umsetzung des neuen Bibliothekskonzepts zurückzuführen, das neben der konventionellen Buchentlehnung auch die neuen Medien, wie zum Beispiel das E-Book vermehrt berücksichtigt.

AK-Präsident Hubert Hämmerle zu Besuch in der Reha-Klinik Montafon

Gesund mit einem Lächeln im Gesicht

Architektonisch behutsam in die Landschaft eingefügt präsentiert sich die Reha-Klinik Montafon den Besuchern und Patienten.

Das Angebot, so erklärte der Geschäftsführer Georg Posch, umfasst or-

thopädische, kardiologische und neurologische Rehabilitation.

Mit ausschlaggebend für den Behandlungserfolg ist sicher das fast 100-köpfige Team, welches sich auch beim AK-Besuch immer mit einem Lächeln präsentierte.



Das lächelnde Quartett in der Reha-Klinik Montafon: Geschäftsführer Georg Posch, Therapeutin Ursula Schneider, Hubert Hämmerle und Manfred Brunner.



3700 Euro für chronisch kranke Kinder

Funktionäre der AK Vorarlberg stellten sich im vergangenen Dezember in den Dienst der guten Sache und verkauften rund 1500 Ausstecher für Weihnachtskekse im ganzen Ländle. Der Reinerlös von 3700 Euro ging an den Verein „Sonnenblume“, der sich der Unterstützung chronisch kranker Kinder und deren Familien widmet und mit dem Geld oft spontan und unbürokratisch Härten abfedern kann. Im Bild: AK-Präsident Hubert Hämmerle und Sonnenblume-Obfrau Manuela Ortner.

Praxiswissen Controlling und Kostenrechnung als Vorbereitung auf den Controlling-Lehrgang in Schloss Hofen

Kostenrechnung und Controlling

In Kooperation mit Schloss Hofen bereitet das Bildungszentrum der AK Vorarlberg erstmals in einem speziell ausgerichteten Seminar Teilnehmer auf den universitären Controller-Lehrgang vor. Interessant ist dieses Angebot aber auch für alle, die ihr betriebswirtschaftliches Wissen auffrischen oder vertiefen wollen.

Wer im Beruf weiterkommen möchte, sollte ständig auf dem letzten Stand des Wissens sein. Weiterbildung lautet die Devise. Controlling fängt dort an, wo die Kostenrechnung aufhört. Dieser Satz soll klar zum Ausdruck bringen, dass Menschen, die sich mit Controlling befassen wollen, bereits einen Werkzeugkoffer voll mit Basiswerkzeugen mitbringen müssen.

Dazu gehört beispielsweise das grundsätzliche Wissen, wie eine Bilanz entsteht, was aus ihr abgelesen werden kann und was nicht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Kostenrechnung, welche Methoden dabei zur Anwendung kommen können und wo die Daten dafür herkommen.

Wissen auffrischen

Neben der Theorie werden diese Themen auch in einem praktischen Beispiel bearbeitet. So entsteht ein solides betriebswirtschaftliches Wissen, das in der praktischen Arbeit sofort umgesetzt werden kann.

Dazu Dr. Franz Valandro vom AK-Bildungszentrum in Feldkirch: „Dieses Seminar ist die ideale Vorbereitung und Grundlage für alle, die in Schloss Hofen den weiterführenden universitären Controller-Lehrgang besuchen wollen. Sie frischen damit entweder ihr vorhandenes Wissen wieder auf oder holen sich in kompakter und praxisorientierter Form das nötige Rüstzeug für diesen fordernden Lehrgang.“

Das Angebot richtet sich aber auch an all jene, die eine fundierte Basis-

Ausbildung im Bereich Kostenrechnung und Controlling absolvieren möchten, weil sie sich einen neuen beruflichen Impuls geben oder sich einfach weiterentwickeln wollen.

Sie lernen in diesem Seminar, die Grundlagen von Betriebswirtschaft, Buchhaltung und Lohnkostenberechnung beziehungsweise Kostenrechnung und Controlling effizient für ihre betriebliche oder institutionelle Praxis zu nutzen. Dabei ergänzen sich Theorie und Praxis mit aktuellen Beispielen zu einer professionellen Ausbildung.

Fördermöglichkeiten

Mit dem AK-Bildungsscheck im Wert von 100 Euro und dem 10-Prozent-Bildungsbonus bestehen für AK-Mitglieder attraktive Fördermöglichkeiten für dieses Seminar. Zudem steht Teilnehmern für die Zeit des Seminar-Besuchs die kostenlose Kinderbetreuung im Eltern-Kind-Zentrum Feldkirch zur Verfügung.

Für nähere Auskünfte steht die Bildungsberatung des AK-Bildungszentrums in Feldkirch (siehe Box unten) gerne zur Verfügung. Dort kann auch eine kostenlose Info-Broschüre angefordert werden.

Controlling und Kostenrechnung

Kursleiter: Mag. Gebhard Moser

Kursdauer: 40 Unterrichtseinheiten

Kursort: AK-Bildungszentrum in Feldkirch

Kurszeiten: 20. bis 29. Februar 2012; Montag, Dienstag und Mittwoch, jeweils von 9 bis 18 Uhr

Kurspreis: 750 Euro

i **Wirtschaft:** Sandra Studer, 050/258-4032, sandra.studer@ak-vorarlberg.at und Dr. Franz Valandro, 050/258-4036, valandro@ak-vorarlberg.at



Basiswissen in Sachen Controlling ist wichtig, damit der Überblick im Rechnungswesen nicht verloren geht.

Mit Wissen fürs Leben ins neue Jahr starten

Äußerst erfolgreich verlief der Start ins Jahr 2012 für die Veranstaltungsreihe Wissen fürs Leben. Moderator Franz-Josef Köb konnte bei den ersten zwei Ausgaben am 10. (Doraja Eberle: „Tu etwas, dann tut sich was“) und 24. Jänner (Rebeka



Mit neuem Elan geht Wissen fürs Leben ins noch frische Jahr 2012.

Reinhard: „Die Kunst des Irrs“) jeweils einen voll besetzten AK-Festsaal verbuchen. Fest stehen mit Peter Gross und Reinhard Haller auch die nächsten zwei Termine, die sich den Themen „Glücksfall Alter. Alte Menschen sind gefährlich, weil sie keine Angst vor der Zukunft haben“ (1. Februar) und „Glück und Unglück der Sucht. Wie Sie Ihre Abhängigkeiten besiegen“ (8. Februar) widmen werden.

Anmeldung und Information: 050/258-4026 und wissen@ak-vorarlberg.at

„Unglaubliche Entführung“: 5 mal 2 Karten gewinnen!



Das Vorarlberger Volkstheater präsentiert zum Auftakt seines neuen Spielplans 2012 eine Gaunerkomödie voller Überraschungen:

„Die unglaubliche Entführung der Tante Martha“ (eine Komödie von Alain Reynaud-Fourton, in der Mundart-Fassung von Stefan Vögel). VOVO-Erfolgsregisseur Hajo Förster („Achtung Ländle“) inszeniert

mit Heike Montiperle in der Hauptrolle eine spritzige Komödie mit einigen neuen Gesichtern im Schauspielensemble.

Drei junge Chaoten wollen ein reiches junges Model entführen, um Lösegeld zu kassieren. Aus Versehen erwischen sie aber Tante Martha. Und mit der bekommen die drei Jungs ihre liebe Not – denn weder ist die temperamentvolle Dame auf den Mund gefallen, noch beschränkt sich ihre Schlagfertigkeit auf Worte! Als Marthas Mann Gregor es dann aber auch noch ablehnt, Lösegeld zu bezahlen, hört bei Tante Martha der Spaß endgültig auf. Sie schwört Rache und dreht den Spieß um.

Termine Kulturbühne AMBACH Götzis (Beginn jeweils um 20 Uhr, sonntags um 18 Uhr): 30. Jänner, 2., 3., 4., 5., 6., 9., 11., 13., 17., 20., 25. und 26. Februar 2012. Weitere Termine (Gastspiele) finden Sie unter www.vovo.at.

Tickets bekommen Sie in allen Raiffeisenbanken oder direkt beim Vorarlberger Volkstheater, Kulturbühne AMBACH, 6840 Götzis, Theater-Info 05523/54949, info@vovo.at, www.vovo.at und www.facebook.com/vovo.goetzis

Um zwei Karten für „Die unglaubliche Entführung der Tante Martha“ am 26. Februar 2012 (Beginn 18 Uhr) auf der Kulturbühne AMBACH in Götzis zu gewinnen, beantworten Sie bitte folgende Frage: Wie heißt der Mann von Entführungopfer Martha, der sich weigert, Lösegeld für seine Frau zu bezahlen?

Senden Sie die richtige Antwort an folgende Adresse: AK Vorarlberg, Kennwort „Entführung der Tante Martha“, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch oder schicken Sie uns eine E-Mail an gewinnen@ak-vorarlberg.at



Buchtipps

Alles fließt – nicht nur Champagner

Kann Philosophie uns helfen, unseren Schuhtick zu bewältigen? Die Unvollkommenheit unserer besseren Hälfte zu tolerieren? Mit körperlichen Problemzonen Frieden zu schließen? Ja, sie kann! Das beweist die „Wissen fürs Leben“-Referentin Rebekka Reinhard in über 50 witzig-augenwinklernden Miniaturen, die sich typisch weiblichen Lebenssituationen widmen und Trost und Rat in Form von philosophischen Zitaten bieten. Profitieren Sie von den ewig gültigen Erkenntnissen legendärer Philosophen. Üben Sie sich in der Kunst des Neinsagens oder des Rechthabens. Erwerben Sie die Lizenz zum Faulsein oder zum Plündern von Pralinenschachteln. Reinhard zeigt, dass Philosophie nicht nur schwer verdauliche Kost bereithält, sondern so prickelnd sein kann wie ein Glas Champagner.

Würde Platon Prada tragen?



Ludwig-Verlag München, 127 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-453-28029-8, 9,99 Euro

Schlafdefizit weckt Hunger auf Süßes

Nach einer durchwachten Nacht meldet der Körper vor allem eines: Hunger. Er sucht dabei besonders energiereiche Nahrung und fühlt sich durch sie stärker belohnt als sonst. Das berichten Forscher aus Schweden, Deutschland und der Schweiz. „Die schlechten Schlafgewohnheiten der Bevölkerung dürften wesentlich zum Übergewichtsproblem beitragen“, erklärt Studienleiter Christian Benedict von der Universität Uppsala. Relevant sei die Wirkung besonders für Schichtarbeiter: „Es erklärt, warum Schichtarbeiter so häufig an Übergewicht leiden – zusätzlich zu den Problemen, die der ständige Wechsel der inneren Uhr hat.“



Junge Chinesen: Schon bald auch im Tourismus die neuen „Weltmeister“.

Trotz Krise Menschen reiselustig wie nie

Die Reisebranche hat weltweit ein kräftiges Wachstum erzielt. Die Welttourismusorganisation (UNWTO) meldet trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise, dass die Zahl der Urlauber in aller Welt 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Prozent auf den Rekordwert von 980 Millionen gestiegen ist. Besonders positiv habe die Reisebranche sich in Europa entwickelt. Einer Studie zufolge wird übrigens China demnächst Deutschland als „Reiseweltmeister“ ablösen. Noch lagen die Deutschen mit 60,7 Mrd. Euro Reiseausgaben vorne.

Kurz gemeldet ...

► **Wer Popcorn für modernes US-Fastfood hält, irrt:** Archäologen fanden Beweise, wonach bereits die Bewohner Perus um 4700 v. Chr. Popcorn schätzten. ► **Die Zahl Kopfhörer tragender Fußgänger,** die von Autos oder Zügen erfasst werden, hat sich in den USA seit 2004 mehr als verdreifacht. ► **Trotz Aufschwungs** sank die Kaufkraft vieler deutscher Arbeitnehmer, weil die Kollektivlöhne der Inflation hinterherhinken. ► **Der italienische Kleinhandel** revoltiert gegen die im gesamten Staatsgebiet völlig liberalisierten Öffnungszeiten, von denen vor allem Supermärkte und Einkaufszentren stark profitieren.

Neujahrsempfang der AK Vorarlberg 2012

„Nachhaltige Politik erfordert mehr Zeit!“

Beste Stimmung unter den 200 Gästen, aber auch deutliche Worte von AK-Präsident Hubert Hämmerle: Der diesjährige Neujahrsempfang der AK Vorarlberg in Feldkirch fand großen Widerhall.

Im Rahmen seiner Neujahrsansprache kritisierte der AK-Präsident den aktuellen Stillstand in der Bundespolitik genauso wie die Allmacht der Finanzmärkte und Rating-Agenturen. Als ob es noch eines Beweises bedürft hätte: Nur wenige Stunden später kam die Meldung, dass eine der drei großen Rating-Agenturen Österreich herabstufte. Hämmerle warnte im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verwerfungen eindringlich vor einem schleichenden Demokratieverlust: „Märkte sind schnell – und Politik braucht Zeit.“ Vor allem aber brauche Demokratie Zeit, „weil sie die Menschen mitnehmen muss. Deshalb gehören vor allem die Finanzmärkte so weit reguliert, dass wieder ausreichend Zeit für nachhaltige politische Entscheidungen da ist.“

Angeregte Diskussionen

Die beinahe komplette Landesregierung stand an der Spitze der interessierten Zuhörer im AK-Festsaal in Feldkirch. Hämmerle traf nicht nur bei den anwesenden Landes- und Bundespolitikern den Nerv – ebenso



Den Neujahrsempfang nutzten zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens zum Meinungsaustausch mit den Funktionären und Abteilungsleitern der AK Vorarlberg.

angeregt diskutierten auch die Vertreter zahlreicher Einrichtungen, mit denen die AK Vorarlberg zusammenarbeitet, wie GKK-Obmann Manfred Brunner, AMS-Landesgeschäftsführer Anton Strini, Caritas-Direktor Peter Klinger, Gewerkschaftsboss Norbert Loacker, die Bezirkshauptleute Berndt Salomon und Johannes Nöbl, Landesgerichtspräsident Heinz Bildstein, WK-Direktor Helmut Steurer, und mit Wilfried Berchtold und Mandy Katzenmayer zwei der vier AK-Standortbürgermeister.



Neo-Landesrat Gögele, WK-Vizepräsident Metzler, Dompfarrer Rudolf Bischof.

Mehr Bilder sowie Rede im Wortlaut und Video vom Neujahrsempfang auf der AK-Website www.ak-vorarlberg.at unter „Kontakt & Service“



Direkt nach dem Antrittsbesuch bei Bundeskanzler Faymann folgte Markus Wallner erstmals als Landeshauptmann einer Einladung der AK Vorarlberg.



Die Neujahrsrede von AK-Präsident Hubert Hämmerle sorgte für Nachdenklichkeit bei Kammerräten wie auch bei ...



... Spitzenpolitikerinnen wie den Landesrätinnen Siegi Stemer und Erich Schwärzler und Landtagspräsidentin Bernadette Mennel.

Sicherheits-Tipp

Gefährliche Stiegen



Dr. Robert Seeberger 05574/78601

25 bis 30 Prozent aller Arbeitsunfälle sind Stürze und Abstürze. Scheinbar banale Abläufe, wie das Begehen einer Stiege können zu schwerwiegenden Verletzungen führen. Die Arbeitsstättenverordnung regelt daher u.a. die Beschaffenheit von Stiegen:

- Stufenhöhe: maximal 18 cm
- Auftrittsbreite: mindestens 26 cm – d.h. die Stiegen dürfen nicht zu „steil“ sein
- das Stufenverhältnis muss gleichmäßig sein
- nach höchstens 20 Stufen muss ein 1,2 Meter langes Zwischenpodest folgen
- bei Türen, die zu einer Stiege führen, muss ein Podest vorhanden sein
- bei mehr als vier Stufen ist ein Handlauf erforderlich
- beträgt die Stiegenbreite mehr als 1,2 Meter, ist beidseitig ein Handlauf nötig
- an freien Seiten von Stiegen ist ein mindestens ein Meter hohes Geländer notwendig
- Wendeltreppen sind nur zulässig, wenn keine sperrigen oder schweren Lasten zu transportieren sind.



Stiegen und Treppen müssen zur sicheren Benützung ganz konkrete Bedingungen erfüllen.

Weiters ist ein rutschfester Belag erforderlich. Falls nötig, sind Rutschhemmer anzubringen. Besondere Rutschgefahr herrscht bei Stiegen im Freien und wenn produktionsbedingt Öl oder Staub vorhanden sind. Stiegen müssen ausreichend ausgeleuchtet sein (mindestens 30 Lux). Eine netzunabhängige Sicherheitsbeleuchtung muss ein sicheres Orientieren bei Stromausfall gewährleisten. Bei Menschenansammlungen bzw. bei Stiegen mit geringem Farbkontrast wird empfohlen, den ersten und letzten Tritt farblich zu kennzeichnen.

Arbeitsinspektion Bregenz, www.arbeitsinspektion.gv.at

Haben Sie etwas zu sagen?

Ihre Meinung

Der AK Vorarlberg ist Ihre Meinung wichtig! In der AKtion werden aktuelle Themen aus den Bereichen Arbeit, Bildung und Konsumenschutz behandelt. Schreiben Sie uns zu einem dieser Themen einen Leserbrief und gewinnen Sie mit etwas Glück einen Sony E-Book-Reader.

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert. Deshalb steht die Seite 2 mit der Rubrik „Leserforum“ ganz im Zeichen Ihrer Anregungen. Einige Themen aus dieser Ausgabe, zu denen uns Ihre Meinung interessiert: zum Betriebs-



chen Eingliederungsmanagement (Seite 3), dem AK-Service für angehende Lehrlinge (Seite 4), zur Verbesserung der Wiedereinstiegschancen in den Beruf (Seiten 6 und 7), ob Sie die Regelungen für korrektes Abwiegen an der Feinkostwaage als ausreichend erachten (Seite 8) oder auch zu den neuen Themen der AK-Reihe „Wissen fürs Leben“ mit Dr. Franz-Josef Köb (Seite 11).

Also: Schreiben Sie uns eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at oder verwenden Sie den Kupon rechts (das Porto übernehmen wir) und gewinnen Sie mit etwas Glück einen Sony E-Book-Reader!

Meine Meinung zum Thema

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name / Adresse

.....

.....

.....

.....

Postgebühr zahlt Empfänger

An die AK Vorarlberg Redaktion AKtion Widnau 2-4 6800 Feldkirch